

Eübeder Volksbote

Organ für die Interessen der wertfähigen Bevölkerung

Der „Eübeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 3.00, monatlich 1.00 Mt.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Peitzelle oder deren Raum 30 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 20 Pfg., auswärtige Anzeigen 35 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 231.

Dienstag, den 2. Oktober 1917.

24. Jahrg.

Drahtsprüche.

Reichskanzler Dr. Michaelis und Staatssekretär von Kühlmann haben im Hauptauschuß des Reichstages über die internationale Lage und die Friedensaussichten gesprochen. Was sie über die Gunst der Verhältnisse für Deutschland und die Krisen in den Entente-Staaten sowie über unser Mitgefühl bei den Leiden der Neutralen gesagt haben, ist so bekannt, daß es hier übergangen werden kann. Den Kernpunkt der Erklärungen des Reichskanzlers bildete die Ablehnung jeder weiteren öffentlichen Erklärung über Deutschlands Kriegsziele. Jede derartige einseitige öffentliche Festlegung würde Deutschland nur schädigen; die Feinde würden sie als Zeichen wachsender Schwäche auslegen und vor allem als vollkommen selbstverständlich und wertlos buchen, um sofort neue und weitergehende Forderungen zu erheben. Eine solche öffentliche Festlegung ohne alle Gegenleistungen würde jeder diplomatischen Technik so vollkommen widersprechen, daß selbst ruhigere Beurteiler darin ein Zeichen für Deutschlands Verlegenheit erblicken müßten. Sie würde deshalb lediglich kriegsverlängernd wirken. Der Reichskanzler richtete an das Parlament und die Presse den Wunsch, sich diese Richtlinien des Verhaltens zu eigen zu machen.

Im Anschluß daran bezeichnet der Staatssekretär des Außen als eine dreiste Erfindung, daß außer der veröffentlichten Antwort an den Papst noch eine deutsche Verbalnote — im Sprachgebrauch der Diplomaten: eine mündliche Erklärung, die aber ebenfalls schriftlich festgelegt überreicht wird — bestände, in der Deutschland sich zur Preisgabe Belgiens bereit erkläre. Kühlmann wies dann mit kurzen Bemerkungen die Rede Asquiths in Leeds zurück, die Europa auf dem Wege, den es einschlagen müsse, um keinen Schritt gefördert hätte. Er feierte den Friedensschritt des Papstes als eine Großtat im Getimmel des Kampfes, „der Europa in eine blutige Trümmerstätte zu verwandeln droht“. Deutschlands Bereitschaftserklärung, dem Rufe des Papstes zu folgen, sei unsere wahrhaft nationale Politik. National deshalb, weil sie von der überwiegenden Mehrheit der Deutschen und ihren berufenen Vertretern im Reichstage gebilligt werde. Zwischen Reichsleitung, Heeresleitung und Reichstag bestände und müsse bestehen volle Harmonie im täglichen und ständigen Zusammenarbeiten. Das enge Zusammenarbeiten zwischen Regierung und Reichstag bei Beantwortung der Papstnote bezeichnete Kühlmann als einen Markstein volkstümlicher politischer Entwicklung, die auch in den Entente-Staaten noch nirgends erreicht sei.

Kühlmann hatte lebhaften Beifall, während die Ausführungen des Kanzlers kühl aufgenommen wurden. Diese feindliche Stimmung richtete sich nicht gegen ihren Inhalt oder gegen ihre Tendenz, sondern gegen die Person des ersten Reichsbeamten, der noch immer in allen Parteien des Hauses starken Zweifel begegnet, ob er das Maß dazu hat, Bethmanns Platz auszufüllen und die Riesenaufgabe zu lösen, welche die Führung der Reichsgeschäfte bei der gegenwärtigen Weltlage stellt.

In der Sache hat Michaelis zweifellos darin recht, daß die feindlichen Regierungen augenscheinlich einer genaueren Festlegung der deutschen Kriegsziele ebenso unfreundlich begegnen würden, wie der jüngsten Papstnote. Aber gerade deshalb sollte er deutlich sprechen. Wie ist jetzt die Sachlage? Wer nicht blind und taub ist, der weiß, daß in einem sorgsam vorbereiteten Kontrat beschlossen worden ist, sich zur Räumung Belgiens gegen entsprechende Entschädigungen insbesondere auf kolonialen Gebiete bereit zu erklären. In der Sache sind sich darüber offenbar auch die Entente-Regierungen klar. Nur den Entente-Völkern wird vorgelogen, daß Deutschland das edle Belgien und sonst noch einiges annekterieren wolle.

Man muß dem Reichskanzler ohne weiteres zugeben, daß sein Verhalten der alten Fabel der diplomatischen Technik vollkommen entspricht, und daß es die gegnerischen Regierungen auch nicht viel anders machen als er. Der Krieg hat uns aber gezeigt, daß es viele Methoden auf den verschiedensten Gebieten gibt, die früher einmal bewährt waren, heute aber nichts anderes verdienen, als zum letzten Eisen geworfen zu werden. Der „Technik der Diplomatie“, der der Reichskanzler jetzt als Anfänger in der großen Kunst seine Huldigungen darbringt, verdanken wir zum guten Teile mit die nun mehr als dreijährige Dauer des Krieges. Die Staatsmänner hüben und drüben haben nach den alten Regeln der diplomatischen Technik immer wieder sich über ihre Friedensbedingungen so unklar wie möglich ausgedrückt, oder sie haben bei ihrer Aufstellung wie die Marktwörter von ehemals aufgeschlagen, um nach langem Herunterhandeln dennoch einen so guten Preis wie möglich zu erzielen.

Mit diesen Methoden sind sie aber keinen Schritt weiter gekommen, und wenn wir heute in bezug auf Möglichkeiten eines neuen Friedens nicht ganz hoffnungslos sind, so verdanken wir das dem Umstande, daß sich die deutsche Politik schon zum guten Teile von jenen Methoden abgelehrt hat. Es ist ja gar nicht richtig, daß die deutsche Po-

litik ihre Kriegsziele noch nicht präzisiert hat. Der Reichstagsbeschuß vom 19. Juli sagt ausdrücklich, daß Deutschland auf gewaltsame Eroberungen und finanzielle Vergewaltigungen verzichtet. Und von ihrem Standpunkt aus haben die Alldeutschen ganz recht, von einer Verzichtserklärung zu sprechen, weil der Reichstag eben auf all das verzichtet hat, was die alldeutschen Eroberungs- und Vergewaltigungspolitikern haben wollen. Im Einklang mit dieser „Verzichtserklärung“, wie sie selbst hervorhebt, hat die deutsche Regierung auf die Note des Papstes geantwortet. So kann auch an der Bereitwilligkeit Deutschlands, die zurzeit militärisch besetzten Gebiete wieder herauszugeben, gar nicht gezweifelt werden. Und erst durch die Reichstagsbeschuß vom 19. Juli und die Erklärung der deutschen Regierung, daß sie mit dieser Resolution übereinstimme, ist eine politische Atmosphäre geschaffen worden, die der päpstlichen Friedensaktion einige, wenn auch noch lange nicht sichere, Aussichten des Erfolges bietet.

Die deutsche Regierung täte danach gut, vor der altbewährten „Technik der Diplomatie“ keinen allzu großen Respekt zu haben. Und wenn sie, von diesen Methoden abweichend, einmal ein ganz offenes Wort riskieren wollte, so brauchte sie es noch nicht einmal in ausdrücklichen Worten zu sagen, wozu sie bereit ist, sie müßte vielmehr nur erklären, wozu sie nicht und unter keinen Umständen bereit ist. Dann würden die Gegner auf Grund eines einfachen Subtraktionsverfahrens feststellen können, was sie von der deutschen Regierung erwarten dürfen und was nicht. Das könnte auch die nützliche Wirkung haben, daß jener Teil der Gegner, der einem neuen Friedensschluß nicht abgeneigt ist, endlich einmal gewisse Forderungen stellen ließe, die bei der gegenwärtigen Lage der Dinge nun einmal vollkommen unerfüllbar sind.

Nur durch eine gegenständige Begrenzung der Friedensbedingungen auf Fragen, die überhaupt diskutabel sind, können die Köpfe hüben und drüben für den Beginn der eigentlichen Friedensverhandlungen reif gemacht werden.

Der Staatssekretär des Auswärtigen, von Kühlmann, hat nicht über die Technik der Diplomatie doziert, er hat sie aber doch etwas geschickter angewendet als der Reichskanzler. Auch er hat über die Friedensbedingungen der deutschen Regierung nichts Näheres gesagt. Aber in einer anderen Richtung kann seine Rede nützlich wirken, da sie die Unmöglichkeit einer auswärtigen Politik, die sich nicht auf den Reichstag stützt, in überzeugender Weise darlegte. Kühlmann hat bei der Schilderung der Einmütigkeit, die zwischen allen Faktionen bestehen soll, etwas dazufügte, und er hat die Dinge etwas mehr geschönt, wie sie sein sollten, als wie sie sind. Uns sicher kann indes angenommen werden, daß zwischen ihm selbst und der Reichstagsmehrheit eine sehr weitgehende Übereinstimmung der Anschauungen herrscht. Man kann daraus schließen, daß die Mehrheit des Reichstages der deutschen Politik keinen guten Dienst erweisen würde, wenn sie sich gegenüber irgendwelchen Stellen schwach zeigte. Sie würde dadurch andere Stellen schwächen, die dringend der Unterstützung bedürfen.

Was aber Michaelis mit dem Respekt des Schülers die Technik der Diplomatie nennt, das ist in Wirklichkeit gar nichts anderes als die Technik der alten Geheimdiplomatie, über die die Weltgeschichte längst den Stab gebrochen hat. Wir wollen die alten Methoden einer geheimnisvoll tuenden Unkunst durch die öffentlichen Methoden eines wirklichen Parlamentarismus ersetzen. Der neue Geist, von dem die Papstnote und die deutsche Antwort auf sie spricht, muß sich schon bei der Vorbereitung der Friedensverhandlungen fühlbar machen.

So recht befriedigt ist von den Regierungserklärungen eigentlich niemand. Das ist auch erklärlich, da sie, wie wir schon am Sonnabend sagten, materiell so gut wie nichts enthalten. Es erübrigt sich deshalb auch, das, was die bürgerliche deutsche Presse dazu sagt, näher zu registrieren.

Etwas anders liegt es allerdings mit der Aufnahme der Reden im Auslande. Und da ist es verständlich, wenn beinahe die gesamte holländische Presse über sie enttäuscht ist. So urteilt zum Beispiel „Vaderland“ wie folgt: „Durch die Reden wird auf der Ententesseite der Eindruck entstehen, daß man auf Verhandlungen auf der Basis der Kriegstarke hinarbeitet. Wir vermissen in der Kanzlerrede jede konkrete Ergänzung der Antwort an den Papst. Keiner jener Namen, die in diesen Tagen auf den Lippen der ganzen Welt schweben, kam aus des Kanzlers Munde und auch die Unterschätzung des Feindes hat sich noch keineswegs gemindert. Man spricht jetzt über Amerika, wie seinerzeit über England. Der heutige Tag ist für die Friedensfreunde ein außerordentlich schwarzer Tag. Immerhin haben wir Holländer für die Art zu danken, mit der der Kanzler über unser Schicksal und das der anderen Neutralen sprach. Die Kanzlerrede sticht fast

auf Kraftgefühl und Erwägung der Kriegslage. Man hofft noch auf eine günstige Entscheidung durch die Kraft der Waffen. Das Schiedsgerichtsprinzip scheint in der Ede zu liegen.“

In einem Artikel über die Kanzlerrede vergleicht „Politiken“ (Kopenhagen) die jetzige Lage in Deutschland mit der Situation vor Bethmanns Hollwegs Rücktritt. Dieselbe nervöse Unruhe wie damals scheint über das politische Leben gekommen zu sein. Michaelis befolge allerdings eine andere Taktik als sein Vorgänger: Bethmann Hollweg pflegte in Rätseln zu sprechen, so daß jede der beiden Richtungen ihn anders deutete; Michaelis, der anfangs etwas Ähnliches versuchte, habe jetzt einen anderen Ausweg gefunden, er schweige. Er habe auf die Frage Asquiths vom 27. Juli im Unterhaus, ob Deutschland bereit sei, Belgien seine vollständige Unabhängigkeit wiederzugeben, geschwiegen, obwohl diese Frage damals in England als der Prüfstein des Friedens bezeichnet wurde. Er habe auch geschwiegen, als die Welt darauf wartete, zu hören, was er über Belgien meine, und mit diesem Schweigen verringerte er außerordentlich die Bedeutung der Reichstagsbeschuß und der Antwort auf die Papstnote. Das Blatt sucht weiterhin nachzuweisen, daß von der Friedensresolution des Reichstages nicht viel mehr übrig bleibe, wenn man außer dem Zögern der Regierung auch die vielen Einschränkungen in Betracht ziehe, die alle Parteien, außer der Sozialdemokratie, in der Zwischenzeit an dem Wortlaute jener Entschlüsse vorgenommen hätten.

„Berlingske Tidende“ schreibt, daß die Reden auf feindliche Mächte verjöhrend wirken werden, kann man sich schwer denken. Der Kanzler präsidierte den lebenskräftigen Geist vom 4. August, der nach der Auffassung der Entente ein Geist des Angriffs- und Eroberungskrieges bedeutet, und Kühlmann glaubte, daß die Lage für alle europäischen Staaten in den letzten 40 Jahren ganz erträglich gewesen sei, während die Entente auf dem Standpunkt steht, daß die Lage für viele, nicht nur Staaten, sondern auch Nationen, in diesen Jahrzehnten so unerträglich gewesen sei, daß sie eine ständige Kriegsgefahr in sich trug, und daß diese Lage jetzt so gründlich verändert werden muß, daß die Kriegsgefahr verschwindet. Ueber diese Klust und Gegensätze führt noch keine Brücke, und über Belgien schweigen die deutschen Staatsmänner andauernd.

„National Tidende“ führt aus: Es ist von Interesse, daß Kühlmann mit den Worten „Mit blankem Gesicht“ sich auf den Standpunkt Kaiser Karls stellt. Es geht ihnen nun aber einmal zwei Parteien zum Frieden schließen, und es kann kaum Zweifel darüber bestehen, daß die Entente-Mächte nicht in den nächsten Wochen ihr Schwert zu senken gedenken. Selbst die Alldeutschen glauben wohl in Wirklichkeit nicht mehr daran, daß der U-Boot-Krieg die Entente zum Frieden zwingen wird. Im Gegenteil, es besteht die größte Aussicht, daß der Weltkrieg noch eine lange Zeit fortgesetzt wird.

Das holländische „Nieuwe Bureau“ meldet aus London: Allen Besprechungen der Londoner Morgenblätter über die Reden des Reichskanzlers und des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes ist der Gedanke gemeinsam, daß dem Herde über den Frieden durch die Auslassungen der beiden Minister ein Ende gemacht worden sei. Der „Daily Chronicle“ sagt: Durch einen Satz hat der Kanzler die Tür für den Frieden geschlossen. Deutschland bleibt bei seiner Haltung des vorigen Jahres und verlangt, daß die Entente mit verbundenen Augen sich in die Friedensverhandlungen begibt. Aber dazu wird sich die Entente nicht bereit finden lassen. Die „Daily News“ sagt: Michaelis' Rede und dazu Kühlmanns Erklärung, daß keine mündlichen Erklärungen zur Papstnote gemacht sind, bedeutet eine vorübergehende Verstärkung der deutschen Haltung dem äußeren und inneren Feinde gegenüber. Ähnliches hat aber bereits früher stattgefunden und dürfte wieder eintreten, und das ist bedeutungslos und nur ein taktisches Manöver. Offenbar bezweckt die Kanzlerrede nur, dem deutschen Volke neuen Mut zu machen.

Hindenburg.

Am heutigen 2. Oktober vollendet der oberste Leiter der im Osten, Westen und Süden arbeitenden Verteidigungsarmee der Mittelmächte, Generalfeldmarschall von Hindenburg, sein siebzigstes Lebensjahr. Wir müssen an diesem Tage seiner auch an dieser Stelle gedenken. Was der Mann als Feldherr ist und was er als solcher für unseren Verteidigungskrieg geleistet hat, das brauchen wir dabei nicht zu beschreiben. Seinen Ruhm verkünden die Kriegsjahre und die tatsächlichen Verhältnisse in einer Weise, die jedes weitere Lob unnötig macht. Was der General als Mensch ist, er, der aus dem Rubelstande heraus in jüngerem Alter die größten und schwersten Aufgaben der Zeit mit so gewaltigen Erfolge auf sich nahm, das können

am besten seine Bekanntschaft, von vornehmen Geiste getragene Bitte, an diesem Tage alle von Liebe zu ihm getragenen Rundgebungen festlicher Art zu unterlassen, und seine Bereitschaft, die ganze Geburtstagsfeier darauf zu beschränken, daß er den bedürftigen Kriegern die Gaben vermitteln will, die man ihm für diesen Zweck zur Verfügung stellt.

Wir achten den Mann als Heerführer und als Menschen. Wir haben den Wunsch, daß dieser Heerführer uns in unserem Kampfe solange erhalten bleiben möge, daß er beim endlichen glücklichen Ausgange dabei ist. Wir haben den Wunsch, daß dem Manne, der mit eherner Kraft den alternden Körper so zu meistern, den Geist so frisch und edel zu halten wußte, daß er zu den bewundernswürdigsten Leistungen fähig war, und der sich in Blut und Grauen das edle Gefühl erhabener Menschlichkeit bewahrt hat, auch noch als Mensch nach dem Kriege das friedlich auf neue blühende Vaterland erleben möge, das nicht zum wenigsten durch seine Arbeit aus den schlimmsten Gefahren erreicht wurde. Unsere Sache kann es nicht sein, Personenkultus zu treiben, wohl aber ist es unsere Aufgabe, dem, der da Ehre verdient, in würdigen Worten gebührende Anerkennung auszusprechen. Das sei hiermit geschehen.

Die Kriegslage.

In den Morgenstunden des 30. September bei dunstigem Wetter mögliche Artillerietätigkeit: an der Flandern-Front nahm sie von mittig ab erheblich zu und steigerte sich zu einem planmäßigen Beschuss unserer Stellungen zwischen der Küste und dem Neuport-Kanal. Nach gegen den Opan-Bogen selbst, vornehmlich in der Gegend von Zonnebelle, richtete sich von Mittag an gesteigertes planmäßiges Feuer, das auch abends und die Nacht über anhält. Unsere Artillerie leitete den Kampf ebenfalls mit lebhafterem Feuer fort. In zahlreichen Bränden konnte gute Wirkung beobachtet werden. Infanterieangriffe folgten an keiner Stelle der Flandernfront. Unsere Patrouillen brachten aus erfolgreichen Unternehmungen an der Oys Gefangene zurück. Während feindliche Bombengeschwader wiederum, wie so oft in letzter Zeit, zahlreiche Opfer aus der belgischen Bevölkerung forderten und in Gent starken Häuserbeschaden verursachten, besetzten unsere Flugzeuggeschwader feindliche militärische Anlagen mit erkanntem gutem Erfolg.

In der Gegend von Lens und östlich von Arras wurde das Artilleriefeuer zeitweise lebhafter. Ein feindlicher Fesselballon wurde von unserer Artillerie abgeschossen. Auch die französische Bevölkerung erlitt wiederum durch feindlichen Bombenabwurf Verluste. In den Ortschaften südlich von Cambrai und Fresnoy-le-Grand wurde eine große Anzahl Einwohner getötet und verwundet.

An der Wisne-Front hielt tagsüber, wie bisher, das lebhafteste Feuer an der Laffaux-Ecke auch des Nachts an. Nach lebhaftem Feuer östlich von Reims erfolgte am 1. Oktober in den frühen Morgenstunden nach schlagartig einsetzender Feuerbereizung ein feindlicher Patrouillenvorstoß an der Bahn Reims-Witz, der reißend in unserem Abwehrfeuer scheiterte.

Beiderseits der Maas hielt sich bei schlechter Sicht die Artillerietätigkeit in mäßigen Grenzen. Südlich fortgesetzt und in der Gegend von Bezonvaux drangen Stoßtrupps in die feindlichen Linien ein und kehrten mit Gefangenen zurück. Auch im Osten wurden bei mehrfachen Patrouillenkämpfen an der Aiga-Front Gefangene eingebracht. Von den übrigen Fronten keine besonderen Ereignisse.

Die Heeresberichte.

WB. Berlin, 1. Oktober, abends. (Amtlich.)

In Flandern und vor Verdun wechselnd starke Feuerstätigkeit und drückte, für uns günstige Infanteriekämpfe. Im Osten nichts Besonderes.

Wien, 1. Oktober. (Amtlich.)

Deßlicher und albanischer Kriegsschauplatz. Nichts Neues.

Italienischer Kriegsschauplatz.

An der Isonzo-Front erlahmten die italienischen Infanterieangriffe. Bei Podlata auf der Hochfläche von Bainsizza wurde ein feindlicher Vorstoß im Keim erstickt. Die Artilleriekämpfe dauern im Bereich des Monte San Gabriele und nordöstlich davon unvermindert an.

Bei der Heeresgruppe des Feldmarschalls Fretterera n. Ronca keine besonderen Ereignisse.

Ereignisse zur See.

Am Abend des 27. September hatten unsere Seeflugzeuge die Flugstation Brindisi und die in diesem Hafen liegenden Torpedobooten und U-Boote wirksam mit Bomben belegt. Wie einwandfrei beobachtet werden konnte, erhielt eine Torpedogruppe zwei schwere Bombentreffer und auf die übrigen fielen gute Einschläge.

Der gemeldete erfolgreiche Unternehmung gegen die italienischen Versorgungsanlagen von Tese vom 27. folgte am 29. abends ein von gleichem Erfolg gekönter Angriff unserer Seeflugzeuge gegen die Ballonhallen von Ferrara, dem wieder ein Luftschiff zum Opfer fiel, indem es durch zwei Bombentreffer auf die Hallen mit riesiger Schlagwamme verbrannte.

Am selben Abend wurden auch die Fabrikanlagen von Pontolungo wirksam mit Bomben belegt. Der Feind wiederholte am 28. und 29. abends seine Flugzeugangriffe auf Pola, die keine nennenswerten Schäden militärischer und privater Natur hervorriefen. Zwei Matrosen wurden verletzt. Eines der italienischen Flugzeuge wurde am 29. von einem unserer Jagdflieger im Luftkampf über See brannt zum Abbruch gebracht. Die Jagdflieger, zwei italienische Fliegerleutnants, sind tot.

Frankreich und Belgien.

Die Verarmung bricht sich Bahn.

Auch in der französischen Bourgeoisie tritt jetzt deutlich die Abkehr von dem Gedanken an den Niederwerfungsfrieden hervor. Man hält unter den jetzigen Umständen zwar die heutige Fortführung des Krieges für unummeidlich, wünscht aber gleichzeitig die politische Vorbereitung des baldigen Verständigungsfriedens. Bezeichnend dafür ist, daß zu Albert Thomas, der in diesen Kreisen als kommender Mann gilt, während man Bainsizza vollständig für lebensunfähig hält, unlängst der Inhaber einer der bekanntesten Pariser Großfirmen kam und zumeist seiner Kollegen aufforderte, nach Stockholm zu gehen.

Frankzösische Sozialisten für die Wiederannähme des internationalen sozialistischen Lebens.

Esner Mütter melden: Der sozialistische Verband des Rhône-Departements forderte auf dem Departementstages einstimmig die unverzügliche Wiederannähme des internationalen sozialistischen Lebens und sprach sich mit großer Regung gegen die Annahme des Kriesskredits durch die sozialistischen Deputierten aus.

Er verurteilte die Haltung der Mehrheit auf der Londoner Konferenz der Alliierten und verlangte, daß die Stockholmer Konferenz so schnell wie möglich zustande komme.

Angriff deutscher Flieger gegen die französischen Flughäfen in der Umgegend von Verdun.

Nachdem die französischen Flieger bei Verdun durch schwere Verluste belehrt worden waren, daß sie unseren Fliegern im Luftkampf Mann gegen Mann nicht gewachsen sind, griffen sie zu einem anderen, dabei weniger gefährlichen Mittel, um unsere Fliegerkräfte zu schädigen. In der Nacht vom 24. zum 25. September bewarfen zahlreiche französische Flieger unsere Flughäfen an der Verdun-Front mit Bomben. Das Ergebnis der Flüge entsprach kaum ihren Erwartungen. Nicht ein Flugzeug wurde zerstört.

Die Antwort unserer Flieger ließ nicht auf sich warten. Noch in derselben Nacht unternahm eines unserer Bombengeschwader einen planvollen Angriff gegen die französischen Flughäfen in der Umgegend von Verdun. Der helle Mondschein erleichterte ihnen das Erkennen ihrer Ziele. Um die Treffsicherheit zu erhöhen, gingen sie beim Abwurf ganz tief herunter. Der Erfolg belohnte ihre Kühnheit. In Lunnes und Wadelaucourt gelangten ihnen Vortreffer mitten in die Flugzeughallen. In einer der großen Flugzeughallen des Hafens Souilly entstand ein starker Brand, dem mehrere Explosionen folgten. Ein starker Beweis, daß Flugzeuge vernichtet wurden; denn andere brennbare Stoffe werden in den Flugzeughallen nicht aufbewahrt. Die Flugzeuge warfen diesmal über zwölf Tonnen Sprengstoffe in Brand. Das Feuer sprang auf die Nachbarhallen über. Schließlich standen vier Ballonhallen in Flammen. In Nijfos, Souilly und Senard brachen gleichfalls Brände aus. In Nijfos folgten ihnen heftige Explosionen. Der Schein der Brände leuchtete unseren Fliegern auf dem Heimfluge und war bis weit diesseits unserer Front zu sehen. Auch Wadelaucourt wurde hier bestraft. Hier müssen die Bomben besonders sorgfältig gezielte werden, denn kaum 250 Schritt vom Flughafen entfernt stehen zahlreiche Lazarettbaracken. Nach jedem Bombenangriff gegen den Flughafen erhebt die französische Presse erneut ihr Geschrei über die Barbaren, die selbst das Zeichen des roten Kreuzes nicht achten. Wer hier in Wahrheit die Zeichen nicht achtet, das ist jedem Beurteilungslosen klar. (W. L. B.)

England.

Die englischen Arbeiter und die internationale sozialistische Konferenz.

Der Vollzugsausschuß der Labour-Party und der parlamentarische Ausschuß des Gewerkschaftsverbandes hielten am 27. September eine gemeinsame Sitzung ab, um Vorbereitungen für die Abhaltung einer internationalen sozialistischen Konferenz zu treffen. Der Gewerkschafts-Vorsitzende in Blackpool erklärte sich am 5. 9. gegen die Beschickung der geplanten Stockholmer Konferenz. Es wurde aber beschlossen, eine derartige Konferenz unter der Bedingung einzuberufen, daß zuvor unter der Arbeiterkammer der Entente-Länder ein Einverständnis hinsichtlich der Kriegsziele erzielt würde. Bei der Sitzung am 29. 9. wurde ein zur Herbeiführung eines derartigen Einverständnisses aus 13 Vertretern beider Körperschaften bestehender Unterausschuß eingesetzt, dem Henderson, MacDonald, Webb, Hardie und Thorne angehören. Gleichzeitig wurde beschlossen, daß beide Körperschaften künftig regelmäßig allmonatlich gemeinsame Sitzungen abhalten sollten. Schließlich wurde die Gemeinsame Erklärung der Gesetzesverkündung der vom Unterhaus verabschiedeten Wahlreformvorlage erörtert und eine geharnischte Entschließung angenommen, welche die Inkraftsetzung dieser „längst überfälligen demokratischen Reform“ fordert, die Erziehung der allgemeinen Wahl auf Grund der bisherigen Wahlsitten als einen nationalen Skandal bezeichnet und die Entsendung einer Abordnung zum Premierminister zwecks Protestes anordnet.

Lord Rhondda über die englische Nahrungsmittelversorgung.

„Times“ zufolge erklärte Lord Rhondda in einer Besprechung amerikanischen, kanadischen und australischen Journalisten:

Wir eröffnen einen neuen Feldzug, um das Publikum von der vitalen Notwendigkeit des Verminderten Essens zu überzeugen. Falls keine freiwillige Einschränkung erfolgt, werde ich nicht zögern, Zwangsrationierung einzuführen. Die Gefahr der Lebensmittelknappheit liegt weniger in der Nahrungsmittelknappheit, als in der Knappheit von Getreide, Fleisch und Fettstoffen. Die Maßnahmen der Vereinigten Staaten zur energischen Beschränkung in der Lebensmittelzufuhr nach den zentralen Ländern sind für die europäischen Alliierten ein unschätzbare Vorteil, aber die Verschärfung der Blockade ist ein zweischneidiges Schwert. Die Einfuhr von Speck und anderen Produkten Dänemarks nach England wird dadurch notwendigerweise stark vermindert. Wir werden dadurch mehr denn je auf Amerika angewiesen sein. Was wir von den Vereinigten Staaten und Kanada verlangen, können wir nirgends anderswo erhalten. Wenn die europäischen Alliierten nicht imstande sind, Lebensmittel zum Unterhalt ihrer Heere und Zivilbevölkerung einzuführen, mag auch unseren vereinigten Anstrengungen der Sieg entfallen.

In der zweiten Nummer des Amtsblattes des Lebensmittelamtes schreibt Rhondda:

Unsere Mindestbedürfnisse an Lebensmitteln aus den Vereinigten Staaten und Kanada während der kommenden zwölf Monate betragen über 10 Millionen Tonnen im Werte von 250 Millionen Pfund Sterling, ausschließlich der Frachtkosten, oder drei bis vier Millionen Dollars täglich. In der Hauptsache handelt es sich dabei um Getreide, Schweineprodukte, Zucker und Fleisch.

Zufolge Hungerkrisis

verstarb im Gefängnis in Dublin der Sinnsein-Führer Thomas Ashe. Auch er ist ein Opfer der Verfolgungswut der englischen Regierung, die doch angeblich alle Unterdrückten befreien will, geworden.

Allerlei Kriegsnachrichten.

Eine neue Entente-Konferenz

Isak demnach in Paris stattfinden. An derselben werden auch Japan und Amerika teilzunehmen. Hauptzweck der Beratungen soll die Wiederherstellung der russischen Dampfwaale sein; japanische und amerikanische Streitkräfte sollen ebenfalls das zerrüttete Russenreich erreichen. Wir gegen starke Zweifel an der Durchführbarkeit dieses Planes, da ein Truppen-Transport durch Sibirien sich nicht so leicht bewerkstelligen läßt. Sumnerhin wird die Entente alles aufbieten, um die Ostfront wieder kampffähig zu gestalten.

England versucht die Kohlenzufuhr nach Schweden zu unterbinden.

Laut „Dagens Nyheter“ aus Amsterdam versuchen die Engländer, die Kohlenzufuhr nach Schweden aus Rotterdam zu unterbinden. Im Laufe von 14 Tagen wurden nicht weniger als fünf schwedische Kohlenfahrer, die auf der Heimreise aus Holland waren, von den Engländern aufgebracht und nach Gravesend geschleppt. Auch ein Dampfer, von Schweden nach Holland fahrend, wird vermißt.

Ein südamerikanischer Staatenbund?

Aus Buenos Aires wird gemeldet: Man erwägt, einen Kongreß der südamerikanischen Neutralen in Buenos Aires einzuberufen, um auf die Wahrung der Neutralität hinzuwirken und um gemeinsame Beschlüsse zu fassen im Hinblick auf nationale Fragen. Zu radikalen Kreisen, die mit den Alliierten sympathisieren, glaubt man, daß die Regierungen eine südamerikanische Union bilden wollen, mit dem Ziel, Deutschland durch ökonomische oder moralische Mittel klarzumachen, daß es in seinem Interesse liegt, den Krieg zu beendigen, andernfalls würden die südamerikanischen Staaten sich den Alliierten anschließen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die preussische Wahlreform.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt: Die Vorbereitung der Gesegentwürfe betreffend die Reform des Wahlrechts zum Hause der Abgeordneten sowie die Umgestaltung des Herrenhauses ist nunmehr soweit gefördert, daß ihre Vorlage beim Abgeordnetenhaus voraussichtlich Ende dieses oder Anfang nächsten Monats erfolgen wird.

Die Bergarbeiter für den Verständigungsfrieden.

Der Aktionsausschuß des Bergarbeiterverbandes, der gegenwärtig rund 115 000 Mitglieder zählt, nahm in seiner Sitzung in Hannover einstimmig eine Resolution zugunsten des Verständigungsfriedens und des gleichen Wahlrechts an. — Vor kurzem hatten sich bekanntlich außerordentlich starkbesuchte Bergarbeiterversammlungen in Essen im gleichen Sinne entschieden.

Aus dem Hauptausschuß des Reichstags.

Im weiteren Verlaufe der Verhandlungen des Hauptausschusses des Reichstages erwiderte auf eine Anfrage der Chef des Kriegsamt Generalmajor Scheuch, daß eine Verordnung dahin ergangen sei, Leute, die bis 50 und mehr Prozent Kriegsverletzte seien, nicht mehr einzuziehen. Wo dem entgegengehandelt worden sei, handle es sich um Uebergangsfälle. Den Vereinen für die freie Liebestätigkeit im Interesse der Kriegsverletzten ständen die Militärbehörden keineswegs engherzig gegenüber, sie unterstützten vielmehr alles, was geeignet sei, den Kriegsverletzten zu helfen und ihre Lebensfreude zu heben.

Die Anträge auf Verbesserung des Rentengesetzes wurden einstimmig angenommen. Sodann wurde die Sicherstellung der Ernährung Minderbemittelter durch Reichsbekanntnisse behandelt, wobei ein sozialdemokratischer Abgeordneter den Antrag, betreffend Senkung der Preise für Lebensmittel, begründete: Sofern nicht durch Zuschläge auf die Lebensmittel der Beseßten die Mittel aufgebracht werden könnten, solle das Reichsfinanzamt die Bezahlung der Ausleihe übernehmen. Der Redner verlangte weiter die Erhöhung der Renten aus der Invaliden- und Unfallversicherung um 50 Proz. Ein Redner der Konservativen begründete seinerseits den Antrag, daß die Gemeinden eine Senkung der Preise für die wichtigsten Lebensmittel herbeiführen.

Staatssekretär v. Waldow führte darauf u. a. aus: Die besonderen Verhältnisse, in denen wir in das neue Wirtschaftsjahr eingetreten sind, machten es notwendig, die Getreidepreise für Brotgetreide wie für Herbststarkweizen noch mit gewissen außerordentlichen Unkosten zu belasten. Bei dem Brotgetreide sind dies die Unkosten, welche aus der Durchführung der Wirtschaftskarte des Frühjahrs erwachsen, bei Kartoffeln die sogenannten Schnelligkeitsprämien. Diese Unkosten ist die Reichsfinanzverwaltung bereit, auf Reichskosten zu übernehmen. Die Reichsgetreidestelle kommt dadurch in die Lage, die Steigerung des Mehlpreises im neuen Wirtschaftsjahr von 9 Mk. für den Doppelknetner auf 4,90 Mk. zu senken und damit den Preis, welcher die von ihr zu beliefernden Kommunalverbände zu zahlen haben, mit denjenigen Preisen auszugleichen, die die selbstwirtschaftenden Kommunalverbände nehmen müssen. Auf den Brotpreis würde dies eine Steigerung von 1/4 bis 2 Pfg. für ein Pfund ausmachen, soweit nicht durch eine Verminderung der Spannung zwischen Mehl und Brotpreis letztere noch weiter herabgemindert werden kann. Bei den Kartoffeln hat die Abgeltung der Schnelligkeitsprämien die Wirkung, daß eine Preissteigerung für den Verbraucher dadurch nicht eintritt. Gegen die Forderung, außerdem Reichsmittel zur Senkung der Preise der wichtigsten Lebensmittel für die minderbemittelten Volksschichten zu gewähren und die Grenze, wieweit die Vergünstigung gewährt wird, unter Berücksichtigung der Einkommensteuerentlastung und die Zahl der nicht erwerbstätigen Familienangehörigen zu bemessen, bestehen nach Ansicht der Reichsleitung sowohl grundsätzliche wie praktische Bedenken. Die Lösung der Frage ist auf dem Wege der Kriegswohlfahrtspflege der Gemeinde zu suchen. Dieser Weg ist von einer Reihe von Gemeinden bereits mit Erfolg beschritten worden. In welchem Umfang für diese Ausgabe der Kriegswohlfahrtsfonds des Reiches zu verstärken sein wird, unterliegt zurzeit einer Prüfung seitens der zuständigen Reichsämter.

Die „Germania“ gegen die Alldeutschen.

Die „Germania“ wendet sich mit scharfen Worten gegen die Alldeutschen, die die Friedensresolution des Reichstags mit allen Mitteln der Verdrehung und der persönlichen Verunglimpfung bekämpfen. Besonders scheinen sie jeden Tag als verloren anzusehen, an dem sie nicht irgend eine Bosheit gegen den Abg. Erzberger verbreitet haben.

Einer der schlimmsten alldeutschen Mütterchen, der nationalliberale Abg. Sacmeister, hat in der „Berg-Mark. Ztg.“ gefragt: „Hat Herr Erzberger in der Frankfurter Sitzung des Reichsausschusses der Zentrumspartei davon gesprochen, daß uns der Mangel an Rohstoffen zum Frieden zwingt, oder hat er nicht davon gesprochen? Hat er sich, wenn ja, auf Mitteilungen Hindenburgs und Ludendorffs bezogen, oder tat er das nicht?“

Die „Germania“ bemerkt hierzu: „Wir sind in der Lage, aus eigener Kenntnis diese Frage zu beantworten, denn wir haben der Frankfurter Tagung vom Anfang bis

zu Ende beigewohnt. Wir verstehen, daß Abg. Erzberger Behauptungen, wie sie ihm hier unterstellt werden, mit keinem Wort aufgestellt hat. Im Gegenteil, wir sind überzeugt, daß Abg. Erzberger Hindenburgs angelegene Erklärung durchaus unterschreibt. Wir haben die Hoffnung ausgegeben, daß sich die alldeutsche Presse endlich auf ihre Unabhängigkeit besinnen und das häßliche persönliche Treiben einstellen werde, das wir um deswillen besonders bedauern, weil es auf einige Zentrumsblätter sogar abzufärben begonnen hat.

Den alldeutschen Blättern ist diese Antwort unangenehm und sie ziehen sich zurück wie die begossenen Pudel.

Erhöhung der Militärhinterbliebenenrenten.

Die Sozialdemokraten haben im Haushaltsausschuß des Reichstages den Antrag eingebracht, den Herrn Reichsanwalt zu ersuchen, zu veranlassen, daß die Militärhinterbliebenenrenten wesentlich erhöht werden.

Das sächsische Herrenhaus und die Neuorientierung.

Infolge eines sozialdemokratischen Antrags war erst im Verfassungsausschuß und schließlich auch in der 2. Kammer des sächsischen Landtags gegen die Stimmen der Konservativen beschlossen worden, die Regierung solle durch ihre Vertreter im Bundesrat dahin wirken, daß als bald eine freie öffentliche und vollständige Neuordnung durchgeführt werde. Gleichzeitig war auch beschlossen worden, die 1. Kammer um Beitritt zu diesem Beschluß zu ersuchen. Die Deputation der 1. Kammer hatte jedoch kurzerhand beschlossen, diesem Beschluß nicht beizutreten, ihn also abzulehnen. Als dieses Deputationsvotum nun Donnerstag nachmittag im Plenum des sächsischen Herrenhauses zur Beratung stand, wagte es schon der Berichterstatter, ein pensionierter Ministerialdirektor, nicht mehr, die Neugestaltung als solche abzulehnen; er führte vielmehr an, der Antrag sei zu allgemein und unbestimmt, es bleibe ungewiß, welche Art Neuordnung herbeigeführt und wie weit sie gehen solle. Der Ministerialdirektor v. Eckardt beiläufig, das ablehnende Votum zu unterstützen, besonders deshalb, weil auch das parlamentarische System angegriffen werden solle; bei seiner Bekämpfung dieses Regierungssystems stütze er sich auch auf den Artikel des Genossen Heilmann in der „Glocke“. Der Vertreter der Universität Leipzig, Prof. Dr. Wab, bekämpfte den Neuorientierungsantrag besonders deshalb, weil er nicht nur das parlamentarische System anstrebe, sondern auch darauf ausgehe, die Neugestaltung in Sachen durch das Reich zu erzwingen. Der Dresdener Oberbürgermeister Bleicher teilte zwar auch verschiedene der vorgebrachten Bedenken, warnte aber eindringlich vor einer glatten Ablehnung des Neuorientierungsbeschlusses der 2. Kammer, denn dadurch werde ein sehr ungünstiger Eindruck im Volke erzeugt werden, das seither vom Gedanken der Neugestaltung beherrscht und begeistert worden sei. Es könne auch gar nicht mehr in Frage kommen, ob man die Neugestaltung jetzt oder nach dem Krieg durchführe, denn man sei ja schon mitten drin, wie die Neubesetzung der Ministerstellen in Preußen und verschiedene andere Reformen zeigten. In ähnlicher Weise äußerte sich auch der Präsident der Zittauer Handelskammer, Geheimrat Wüntig. Dadurch wurden die sächsischen Pairs ob der Wirkung ihrer ablehnenden Haltung zur Neugestaltung selbst bedenklich, und Prof. Wab, der gegen den Beschluß der 2. Kammer geeifert hatte, schlug nun vor, dem ablehnenden Deputationsvotum eine Motivierung beizugeben, die erkennen lasse, daß man die Neugestaltung an sich nicht ablehnen wolle. Auf Vorschlag des Oberbürgermeisters Bleicher zog sich die Deputation zurück, um dann folgenden Antrag vorzulegen:

In Erwägung, 1. daß eine Neuorientierung, die die 1. Kammer grundsätzlich nicht ablehnt, in dem Beschluß der 2. Kammer keinerlei bestimmten Ausdruck gefunden hat, 2. daß die Neuorientierung im einzelnen Bundesstaat nur in diesem erfolgen darf, wolle die Kammer beschließen, dem Beschluß der 2. Kammer die Zustimmung zu versagen.

Gegen diesen Beschluß stimmte nur ein feudaler Rittergutsbesitzer, der erklärte, der Parlamentarismus und Demokratisierung keinerlei Konzessionen machen zu können. Das sächsische Herrenhaus selbst aber verschlangte sich hinter formalen Bedenken; viele der Pairs mochten von denselben Absichten geleitet werden, wie der eine Feudale, sie wagten es aber nicht, das offen zum Ausdruck zu bringen.

Ernährungsfragen.

Die mangelhafte Nahrungsmittelversorgung.

In Mainz richteten Vertreter der freien und christlichen Gewerkschaften sowie der Beamten und Arbeiterorganisationen, die dem Kriegsausbruch für Konsumenteninteressen angeschlossen sind, eine Eingabe an die Reichsregierung, an die Regierungen der Bundesstaaten und an die Kommunalverwaltungen, in der gefordert wird: Abbau der bisherigen Höchstpreispolitik und Festlegung von Höchstpreisen, die den wirklichen Herstellungskosten entsprechen; durchgreifende Regelung und gleichmäßige Verteilung von Bekleidungsstoffen, Bekleidungsutensilien und Schuhwaren zu Preisen, die es dem werktätigen Volk ermöglichen, seinen Bedarf zu decken, Rationierung der Kohlen und anderer Brennstoffe und Verkauf zu mäßigen Preisen; Erhöhung der Rationen an Fett und sonstigen Nährmitteln; schleunige Herabsetzung der Kartoffelpreise unter Wegfall der Ausfuhr- und Schnelligkeitsprämien; Erhöhung der Kopfmengen an Kartoffeln; durchgreifende Maßnahmen der Lebensmittelversorgung in den Landorten; scharfe Kontrolle zur Durchführung der Vorschriften beim Erzeuger und Produzenten, sowie energische Bekämpfung des Schleißhandels usw.

Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Donnerstag, 2. Oktober.

Die sogenannte „Vaterlandspartei“

Hat jetzt auch in Lübeck eine Filiale errichtet. Am Sonntag wurde in der hiesigen bürgerlichen Presse ein Aufruf zur Bildung eines Landesvereins veröffentlicht, der 45 Unterschriften trug. Für den Charakter dieser „Partei“ ist es bezeichnend, daß unter diesen sich nicht weniger als 27 Mitglieder der Alldeutschen befinden. Wenn es noch eines Beweises bedürft hätte, daß es sich um nichts anderes als eine verkappte alldeutsche Gründung handelt, so ist er hierdurch wohl erbracht. Auch vier Mitglieder des Senates, nämlich die Herren Boshell, Dr. Liemann, Dr. Kalkbrenner und Dr. Neumann, die sämtlich stramme Alldeutsche sind, findet man dabei; Bürgerpartei und Bürgervereine sind durch Mitglieder ihres Vorstandes vertreten; gleichfalls die Handelskammer.

Wenn man die Aufgaben der sogenannten Vaterlandspartei betrachtet, wie sie in diesem Aufruf angegeben werden, so erheben sie auf den ersten Blick einigermassen harmlos und man kann beim besten Willen nicht einsehen, warum deswegen ein

Der amtliche Kriegsbericht.

WZ. Großes Hauptquartier, 2. Oktbr. (Amtlich.)
Wöchlicher Kriegsjahresplan.

In der Mitte der Landrischen Front war der Artilleriekampf fast, zwischen Dangelard und Hollebeke mehrfach zu heftigen Trommelfeuer gesteigert.

Morgens entziffen unsere Sturmtruppen den Engländern im Polgonwald nördlich der Straße Menin—Ypern in etwa 400 Meter Tiefe Kampfgelände, das gegen mehrmalige starke Gegenangriffe behauptet wurde. Außer erheblichen Verlusten löste der Feind Gefangene ein.

Seeresgruppe Deutscher Kronprinz:

Nordöstlich von Soissons nahm die Kampfaktivität der Artillerie zu.

Vor Verdun war der Feuerkampf im Anschluß an erfolgreiche Unternehmungen auf dem Ostufer der Maas lebhaft. Bei Bazonvaug brachen morgens Infanterietruppen mit Pionieren bis in die hinteren Linien der französischen Stellung vor, zerstörten dort die Grabenanlagen und führten mit mehr als 100 Gefangenen in die eigene Stellung befehlsgemäß zurück.

Auf dem östlichen Kriegsjahresplan und an der mazedonischen Front blieb bei geringer Geschäftstätigkeit die Lage unverändert.

Der Erste Generalquartiermeister: Hindendorff.

eine neue Partei gegründet werden mußte. Es werden „alle deutschen Männer und Frauen ohne Unterschied der Parteirichtung, welche nicht heimlich auf die Früchte des Sieges verzichten wollen und unserer Regierung einen Rückhalt zu geben entschlossen sind zur Erreichung eines baldigen deutschen Friedens“, zum Beitritt aufgefordert.

In der Königsberger Gründungsversammlung der „Vaterlandspartei“ fand man kräftigere Worte und drückte sich weniger zurückhaltend über die Zwecke der neuen Organisation aus. Besonders die Reichstagsmehrheit, die sich für einen Frieden der Verständigung erklärt hat, um so schnell als möglich den fürchterlichen Völkermord auf für alle Teile ehrenhafte Weise zu beenden, wurde nach allen Regeln alldeutscher Kunst herabgerissen. Es wurde vom „inneren Feind“ gesprochen, gegen den sich die Agitation der „Vaterlandspartei“ zu richten habe.

Dieser „innere Feind“ sind nicht etwa die Wucherer, welche das Volk auslaugen, nicht die Kriegsgewinnler und Preistreiber. Nein, es sind jene Millionen Deutscher, die unter Entbehrungen und Leid in den Werkstätten und Fabriken tätig sind, die an den Fronten kämpfen und sterben, aber nur in dem Willen und Gedanken, das Land ihrer Väter und Kinder zu verteidigen, nicht aber um andere Völker zu verewaltigen und zu unterdrücken.

Man erwidert sich wohl, daß vor dem Kriege der Sozialdemokratie häufig der Vorwurf gemacht wurde, sie sei vaterlandlos. Bekunders der herkömmliche Reichsverband hat das. Jetzt hat die „Vaterlandspartei“ dessen Kapriere gefunden — in Lübeck gehört ja auch der hiesige Vorsitzende dieses Reichsverbandes zu den Unterzeichnern des Aufrufs — und arbeitet mit den gleichen Mitteln. Schon die Bezeichnung als „Vaterlandspartei“ soll zum Ausdruck bringen, daß diejenigen, die nicht ihre Mitglieder sind, nicht die Partei des Vaterlandes nehmen. Davin allein liegt eine so unerhörte Verächtlichkeit der Anhänger eines Verständigungsfriedens, daß jeder, der auch die Überzeugung anderer Männer achtet, sich schon deshalb gegen diese neue Organisation wenden mußte. Gewisse Kreise erwidern allerdings den Vorwurf, als ob nur der besonders vaterländisch gesinnt sei, der am lautesten nach möglichst umfangreichen Annexionen schreit, während in Wirklichkeit diejenigen vor allem dem Lande nützen, die sich die klare Verwirklichung des Sinns für Wirklichkeit und ein notwendiges Gerechtigkeitsgefühl bewahrt haben. Und letztere sind die, welche von der „Vaterlandspartei“ bekämpft werden.

Die „Vaterlandspartei“ will „der Regierung einen Rückhalt geben“, behaupten die Unterzeichner des Lübecker Aufrufs. In Wirklichkeit soll das gerade Gegenteil geschehen und die Regierung, die sich offen zu der Friedensentscheidung des Reichstages bekannt hat, von die im Standpunkt abgedrängt werden. Wer sich also der Vaterlandspartei anschließt, der hilft das Tor zu einem baldigen Frieden der Verständigung und Wiederherführung verrat, der unterstützt jene Elemente, die für den Krieg bis zu einem in nebelhafter Ferne liegenden Endziel predigen, denn daß die Gegner der Mittelmächte in absehbarer Zeit zu einem Frieden bereit wären, der sie gewaltsam größerer Gebietsanteile beraubt, wird kein verständiger Mensch erwarten können. Dazu wäre es erforderlich, daß alle am Boden liegen.

Die Gründung der „Vaterlandspartei“ bedeutet somit eine schwere Friedensgefahr. Im feindlichen Ausland geht man schon jetzt mit ihren Versicherungen trocken. Es ist wohl nicht uninteressant zu erfahren, wie andere Leute, die keine Sozialdemokraten sind, darüber denken. In der konservativen Halbmonatsschrift „Das neue Deutschland“ wird in einem Artikel betont, daß es sich bei dieser Partei um eine im wesentlichen alldeutsche Gründung handelt. Im Anschluß daran heißt es: „Wie kommen diese Persönlichkeiten dazu, gegen Uneinigkeit und Parteilichung zu wettern, wo sie es doch gerade sind, die seit Beginn des Krieges eine Heide in das deutsche Volk getragen, eine Heide auch gegen die Regierung betrieben haben, die glücklicherweise selbst in der deutschen Geschichte ziemlich isoliert dasteht. Es war sehr unvorsichtig von den eigentlichen Gründern, sich so in die erste Linie der neuen Partei zu stellen, denn man kennt jetzt die Dissonanzen, die hinter dem Harmoniegesäusel lauern. Aber schließlich würde man vielleicht darüber hinwegkommen in der Hoffnung, daß die Persönlichkeiten des Aufrufs, die nicht mit der alldeutschen Etikette herumlaufen, den Kurs der Vaterlandspartei bestimmen könnten. Doch alle Hoffnung wird sofort zunichte, wenn man den Aufruf zu Ende liest. Da nämlich wird dem einzelnen zwar die Stellungnahme zu den innerpolitischen Streitfragen freigegeben, aber es wird ausdrücklich betont, daß erst nach dem Kriege die innerpolitische Neuordnung geschehen solle. Und zur Begründung wird wieder die alte Heuschelphrasen geltend gemacht: „Denn sind unsere Tapferen aus dem Felde heimgekehrt und können am inneren Aufbau des Reiches mitwirken.“ Wenn die Unterzeichner des Aufrufs wirklich im Felde gewesen wären, müßten sie wissen, daß alle Volksgenossen draußen vom ersten bis zum letzten, mit ganz wenigen Ausnahmen, in ein Deutschland heimkehren wollen, das sich bereits im inneren Neuaufbau befindet.

Im sächsischen Landtage war es der nationalliberale Abgeordnete Dr. Zöphel, der betonte, er halte es für völlig unnötig, seine vaterländische Gesinnung noch besonders durch den Beitritt zu einer Partei zu erweisen, der es noch dazu darauf ankomme, unter der Maske des Burgfriedens die innere Neugestaltung zu hintertreiben.

Die „Münchener Neuesten Nachrichten“, welche der nationalliberalen Richtung sehr nahe stehen, wenden sich mit Schärfe gegen die friedensfördernde Kampfbewegung der neu gegründeten Vaterlandspartei. Sie schreiben unter anderem: „Unabhängige Ausschüsse“, die sich in ganzen Landes- oder Provinzialverbänden der „Vaterlandspartei“ anschließen, versenden Proklamationen, in denen sich in einem Knapp zwanzig Zeilen langen Absatz Redeperlen wie „Wach auf, wach auf“, „Stärke“, „Vorkündigung“, „Schwandel“, diese Schritte in Berlin“ „zukommenden“, eine Zeitschrift, zu deren Herausgebern die führenden Männer der Vaterlandspartei gehören, spricht der Reichstagsmehrheit die Vaterlandsliebe ab, unterstellt ihr, daß sie sich vom Ausland ihre Entschlüsse einlassen läßt, daß sie die Verklärung des deutschen Volkes will, und läßt, als Mitgeschickten an der herausragenden Katastrophe“, „jedem, der sich nicht auf ihre Seite schlägt“, Solange die Vaterlandspartei dieses Treiben der ihr zunächst Störenden nicht brandmarkt, solange bleibt ihr Programm, das „keine innere Zwietracht will“, Spiegelschifferei.

Nach dieser bürgerlichen Kennzeichnung bedarf es wohl keiner weiteren Worte mehr, um die Tätigkeit und Ziele der sogenannten Vaterlandspartei noch weiter zu beleuchten. Daß sie in anderen Städten durch behördlichen Druck zu fördern gesucht wird, haben wir schon berichtet. Jeder Tag bringt neue Meldungen dieser Art. Und sehr hübsch und männlich macht es sich auch, wenn die Schweriner Ortsgruppe nach ihrer Gründung dem herzoglichen Mitbegründer „untertäuglich“ deutschen Gruß“ sendet. Gibt es denn so etwas überhaupt?

Hindenburg vom Senat zum Ehrenbürger Lübecks ernannt. Amtlich wird bekannt gemacht: Der Senat hat beschloffen, dem Generalleutnant von Benedendorff und von Hindenburg das Lübeckische Ehrenbürgerrecht zu verleihen. Hiervon wurde dem Generalleutnant in folgendem Telegramm Mitteilung gemacht:

Euer Erzengel! Der siebenzigste Geburtstag des Generalleutnants von Hindenburg vereint alle Deutschen in heiligem Danke gegen die Vorsehung, die uns diesen Mann und in ihm den als Retter des Vaterlandes begrüßten genialen Heerführer geschenkt hat. Einmütig ist das Vertrauen, daß es Eurer Erzengel's Feindernunft gelingen werde, den Ansturm der Feinde endgültig zu bezwingen und Deutschland dem ehrenvollen Frieden entgegenzuführen.

Der Senat bringt die Dankbarkeit und Liebe der gesamten Bevölkerung Lübecks zum Ausdruck, indem er Eurer Erzengel's das Lübeckische Ehrenbürgerrecht verleiht, das zuerst kein anderer besitzt. Die Verleihungsurkunde wird Eurer Erzengel's in nächster Zeit übermittelt werden.

Der Senat der freien und Hansestadt Lübeck.

Der Präsident des Senates,
Bürgermeister Dr. Fehling.

Eingaben des Lübecker Gewerkschaftsrats. In Ausführung der Beschlüsse der beiden in voriger Woche stattgefundenen Kartellversammlungen hat die Kartellkommission folgende Eingaben abgehandelt:

An die Kriegshilfe. „Die ergebenst Unterzeichneten sind von der Verammlung der Lübecker Gewerkschaften, denen 10 000 Mitglieder angeschlossen sind, beauftragt worden, die Kriegshilfe Lübeck zu erlösen, daß die Begriffe Schwerst- und Nützlichungsarbeiter bei der Verteilung der Zusatznahrungsmittel im Regal kommen und die bisher in den Nützlichungs- und sonstigen Betrieben verteilten Zusatznahrungsmittel-Rationen künftig an alle Arbeiter und Angestellten, die der Reichsversorgungsordnung angeschlossen sind, abgegeben werden, wie das in Kiel seit längerer Zeit geschieht. Ferner erucht das Gewerkschaftskartell, nachdem von der reichlichen Dürftigkeit — insbesondere den Birnen — wegen der hohen Preise die Arbeiter sich keine Vorräte für den Winter einlösen konnten, dafür zu sorgen, daß wenigstens von den Pflaumern den Arbeitern größere Mengen zur Verfügung gestellt werden. Das Gewerkschaftskartell hält es für unbillig, diese fast ausschließlich den Wärmelackfabriken zu überlassen. Außerdem erucht das Gewerkschaftskartell, die Kohlenverteilung sicherzustellen. Ein großer Teil der Bevölkerung konnte sich für den Winter eindecken, während zahlreiche Familien von Arbeitern und Angestellten noch ohne jedes Feuerungsmaterial sind und damit Kranheitsgefahren ausgesetzt sind. Diesen Familien ist es infolge dessen bisher auch unmöglich gewesen, die Gasparverordnung zu befolgen. Sie mußten Gas zum Kochen der Speisen entnehmen. Aus diesem Grunde möchte das Gewerkschaftskartell der Kriegshilfe anheimstellen, wenn möglich, den davon betroffenen Familien das im 3. Quartal mehr verbrauchte Gas und falls die Kohlenverteilung nicht ausreichend durchgeführt werden kann, auch das im vierten Quartal mehr verbrauchte ausschließlich zum alten Einheitspreise zu berechnen.“

An die sächsischen Gaswerke. „Die ergebenst Unterzeichneten wurden von der Verammlung der Lübecker Gewerkschaften beauftragt, die Behörde für städtische Betriebe, insbesondere das Gaswerk darauf aufmerksam zu machen, daß noch zahlreiche Familien von Arbeitern und Angestellten ohne jedes Feuerungsmaterial sind. Infolgedessen waren diese Familien genötigt, Gas zum Kochen der Speisen zu verbrauchen, statt sie auf dem Herd genügend zu machen. Aus dem Grunde werden diese Familien auch genötigt gewesen sein, die Gasverordnung zu übertreten und nicht unbedingt 20 Prozent Gas zu sparen. Das Gewerkschaftskartell erucht deshalb dringend, den davon betroffenen Familien das im dritten Quartal mehr verbrauchte Gas, und falls die Kohlenverteilung nicht ausreichend durchgeführt werden kann, auch das im kommenden Quartal mehr verbrauchte, ausschließlich zum alten Einheitspreise zu berechnen, falls diese Familien einen diesbezüglichen Antrag stellen sollten.“

An die Kriegsamt's-Nebenstelle zu Altona. „Die ergebenst Unterzeichneten wurden von der Verammlung der Gewerkschaften Lübeck — denen 10 000 Mitglieder angeschlossen sind — beauftragt, die Kriegsamt'sstelle zu ersuchen, daß die von der Firma Eduard Cadow in Lübeck bisher gelieferte Knochenverteilung — die ihnen ungerecht erscheint — anders geregelt wird. Bei dem allgemeinen Mangel an Fett sollten die Knochen nicht nur den Arbeiterinnen und Arbeitern der Nützlichungsbetriebe und nicht nur den Leuten zufallen, die sich persönlich an Herrn Cadow wenden, sondern die Gewerkschaften erlösen, künftig die Knochen an alle der Reichsversorgungsordnung unterstehenden Arbeiter und Angestellten zu verteilen.“

Ablieferung von Einrichtungsgegenständen aus Kupfer und Kupferlegierungen. Zu den Bekanntmachungen, betreffend Einrichtungsgegenstände, Dachkupfer und Witzableiter und Destillationsapparate ist heute ein Nachtrag erschienen. Die Änderungen gegenüber den bisher gültigen Bekanntmachungen bestehen im wesentlichen in Preiserhöhungen. Für Dachkupfer, Witzableiter und Destillationsapparate haben die Preiserhöhungen rückwirkende Kraft. Außerdem wird für Einrichtungsgegenstände ein Zuschlag von 1 Mark für 1 Kilogramm gewährt, wenn die freiwillige Ablieferung bis zum 31. Oktober 1917 erfolgt. Der Wortlaut der Bekanntmachung ist bei den Polizeibehörden einzusehen.

Verwertung der Brennstoffe. Da die Frage der Verwertung der Brennstoffe für die Textilindustrie als gelöst angesehen werden kann, ist die Restelbegründung jetzt auf eine neue Grundlage gestellt worden. Eine heute veröffentlichte Bekanntmachung beschlagnahmt sämtliche geernteten Reststengel, sämtliche Restfasern und Restelgipfeln sowie die Abfälle dieser Gegenstände. Der Wortlaut der Bekanntmachung ist bei den Polizeibehörden einzusehen.

Höchstpreise für Baumwollspinnstoffe. Heute tritt eine neue Bekanntmachung betreffend Höchstpreise für Baumwollspinnstoffe und Baumwollgarnspinnstoffe in Kraft. Bereits durch eine Bekanntmachung vom 25. Juli 1917 war für Garne, die auf Grund von dem 24. Januar 1917 ausgegebenen Spinnereibehältnissen gesponnen worden sind, mit Rücksicht auf die gesteigerten Arbeitslöhne ein Zuschlag von 20 vom Hundert zu den bis dahin gültigen Höchstpreisen bewilligt worden. Die neue Bekanntmachung trägt dem ebenfalls gestiegenen Materialpreisen durch Gewährung eines weiteren Preiszuschlages von 6 vom Hundert Rechnung, so daß für die neu gesponnenen Garne im ganzen ein Zuschlag von 26 vom Hundert in Anschlag gebracht werden kann. Gleichzeitig stellt die neue Bekanntmachung eine Neufassung der gesamten Höchstpreisbestimmungen für Baumwollspinnstoffe und Baumwollgarnspinnstoffe dar, die nunmehr außer Kraft gesetzt worden sind. Der Wortlaut der Bekanntmachung ist bei den Polizeibehörden einzusehen.

Einigungsamt bei den Stadt- und Landamt. Die ersten Tage des Oktober sind da und damit ein Zeitpunkt, zu dem manchem Mieter von seinem Hauswirt die bisher inne gehabte Wohnung noch gekündigt oder im Mietpreis gesteigert werden kann, da gekündigt Räumlichkeiten bis zum 3. Werktage des neuen Quartals erfolgen können. Kündigung und Erhöhung des Mietzinses ist zwar nicht verboten, aber mit Rücksicht auf die außerordentlichen Schwierigkeiten, die jetzt in Lübeck für solche bestehen, die neue Wohnungen suchen oder die umziehen müssen, erachtet es durchaus am Plage, wenn die Vermieter auf die jetzige Lage Rücksicht nehmen und nur in den äußersten Notfällen von ihrem

Auf zur Werbearbeit für die Frauenbewegung!

Bei dem Zusammensein unserer Parteigenossinnen auf der Reichsfrauentag am 7. Juli in Berlin kam der Wille zu tatkräftiger Arbeit im Dienste der sozialdemokratischen Weltanschauung in schönster Weise zum Ausdruck. In dem ersten zielklaren Willen liegt schon ein Stück Erfolg.

Der Krieg hat auch die sozialdemokratische Frauenbewegung darniedergedrückt und geschwächt. Zugleich wurden wir Frauen aber auch vor eine Fülle neuer Aufgaben gestellt.

In niegeahnter Weise hat die Frauenerwerbsarbeit an Umfang zugenommen, ist sie in ihrem volkswirtschaftlichen Werte gestiegen. Viel Umsicht, Tapferkeit und guter Wille in der Frauenwelt ist nötig, um Berufs-, Hausfrauen- und Mutterpflichten zugleich auszuüben. So manche Frau ging nicht den schweren, hornenwollen Weg der um Lohn arbeitenden Mutter, würde sie nicht durch bittere Not dazu gezwungen.

Die bisher zur Entlastung der erwerbenden Frauen geschaffenen gemeinnützigen Einrichtungen genügen noch lange nicht, um ihnen wirklich fühlbare Erleichterungen zu verschaffen.

Die Fragen der Volksernährung haben während des Krieges auch für die Frauen eine erhöhte Bedeutung gewonnen. In der Zeit der staatlich organisierten Lebensmittelversorgung, der rationierten Lebensmittelverteilung müssen die Frauen als Verbraucherinnen und Verwalterinnen des Familieneinkommens ein größeres Interesse am öffentlichen Leben gewinnen.

In engem Zusammenhang mit der Frage der Frauenerwerbsarbeit und der Lebensmittelversorgung steht das Bevölkerungsproblem. Geburt und Tod lassen sich von den allgemeinen gesellschaftlichen Erscheinungen nicht trennen. Schutz und Hilfe den werdenden Müttern und den Säuglingen durch die Gesetzgebung, Sicherstellung einer ausreichenden Ernährung und Pflege für die heranwachsende Jugend muß für uns Frauen Forderung und Ziel sein. Die Schulfrage erhält auch für die Frauen der Arbeiterklasse erhöhte Bedeutung, wenn das Wort: „Freie Bahn allen Tüchtigen“ Geltung haben soll. Die Wohnungsfrage erfordert unsere ganze Aufmerksamkeit. Viele Frauen und Mädchen, die außerhalb ihres Wohnortes ihrem Beruf nachgehen müssen, finden oft kein sauberes Mädchen, wo sie ihren Körper nach schwerer Arbeit zur Ruhe strecken, wo sie eine Erholungsstunde genießen können. Die Mietssteigerungen allerorts zeigen uns schon jetzt, welchen Wohnungsverhältnissen wir entgegengehen.

Der kommende Friede kann uns ein plötzliches Zurückfluten der weiblichen Erwerbsarbeit bringen. Mit dem Arbeitsmangel droht aber den betreffenden Frauen die Verdienstlosigkeit und bittere Not, wenn nicht von der Gesetzgebung rechtzeitig Vorkehrung getroffen wird.

Es muß den Frauen klar werden, daß es bei ihrer Teilnahmslosigkeit dem politischen Leben gegenüber nicht bleiben darf. Der Verlauf des Oktober wird uns zeigen, ob der Krieg mit seiner großen seelischen und körperlichen Not uns ganz müde und stumpf gemacht hat, oder ob wir

nicht doch etwas zu leisten vermögen für unsere Idee, für den Sozialismus.

Werbt Kämpferinnen für den Sozialismus und Delegierten für die „Gleichheit“!

Wenn jede Genossin ihre Pflicht tut, muß es gelingen!
Maria Zuchacz.

Militärfragen und Familienunterstützung.

Der Hauptausschuß des Reichstages befaßte sich in seiner Sitzung am Sonnabend mit den Anträgen, die zu den Militärfragen und zur Unterstützung der Arbeiterfamilien vorlagen.

Urlaub und strenger Arrest.

Abg. Stücken (Soz.) begründet zunächst folgende Anträge:

I.
den Herrn Reichsanwalt zu ersuchen, mit aller Beschleunigung die Entlassung der Jahrgänge 1869 und 1870 aus dem Heeresdienst herbeizuführen zu wollen.

II.
den Herrn Reichsanwalt zu ersuchen, Maßnahmen zu ergreifen, wonach im Falle, daß Vater und Söhne gleichzeitig an der Front stehen, der Vater auf sein Verlangen aus der Frontlinie zurückgezogen wird.

III.
den Herrn Reichsanwalt zu ersuchen, dahin wirken zu wollen, daß den Mannschaften und Unteroffizieren zunächst für die Dauer des Krieges ein Recht auf Urlaub eingeräumt wird.

IV.
den Herrn Reichsanwalt zu ersuchen, dahin wirken zu wollen, daß die Strafe des strengen Arrestes entweder ganz beseitigt wird oder daß die Bestimmungen des Militärstrafgesetzbuches dahin geändert werden, daß in allen Fällen, die mit strengem Arrest bedroht werden, auch die Verhängung einer mildereren Straftat zugelassen wird.

Abg. Stücken wies darauf hin, daß in der Zurückhaltung der alten Jahrgänge, die in Bayern schon entlassen seien, eine große Härte liege. Auf die Schlagfertigkeit des Heeres habe die Entlassung dieser alten Leute sicher keinen Einfluß. Teilweise würden sie gar nicht im Kriegsdienst, sondern wie beim Garnisonregiment Berlin mit Arbeiten beschäftigt, die auszuführen Sache des Hilfsdienstes sei. Die Zurücknahme der Väter, deren Söhne auch im Felde stehen, müßte eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein. Die Klagen über die Art der Urlaubsverteilung zeigten nicht an, eine Ordnung kann in diesem Zustand nur gebracht werden, wenn den Soldaten ein Recht auf Urlaub eingeräumt wird. Der Wunsch der in vorderster Linie kämpfenden Truppen, über abgelöst und ausgetauscht zu werden, sei durchaus berechtigt. Der strenge Arrest sei ein Stück Barbarei, das in die heutigen Verhältnisse nicht mehr passe. Mindestens aber sollten die Gerichte nicht gezwungen sein, nur auf strengen Arrest erkennen zu müssen, vielmehr wahlweise auch eine andere Strafe aussprechen können.

Oberst v. Wriesberg hielt die Anträge für nicht ausführbar. Die alten Jahrgänge zu entlassen, sei nicht möglich. Auf die Zurücknahme der Väter kinderreicher Familien sei man schon jetzt bedacht, wie auch ein Austausch der alten gegen jüngere Leute bereits im Gange sei. Ein Recht auf Urlaub könne nicht gegeben werden, aber dem Bedürfnis nach Urlaub soll so weit als möglich Rechnung getragen werden.

Kriegsminister v. Stein gab zu, daß auch ihm viele Klagen zugehen. Den Prozentsatz der Urlauber bestimme die Oberste Heeresleitung. Der Umstand, daß ein Mann mit Arrest bestraft wurde, dürfe nicht zum Anlass genommen werden, ihm den Urlaub zu verweigern. Die Urlaubsfrage selber sei allerdings sehr schwierig. Der strenge Arrest sei nicht ganz zu entbehren, aber er soll möglichst wenig angewendet werden. Der Antrag, in den Fällen, in denen strenger Arrest vorgeschrieben sei, auch eine mildere Strafe einzutreten zu lassen, werde die Heeresverwaltung näher treten.

Abg. Stücken: Die Ungleichheiten in der Erteilung von Urlaub falle den Kompagnieführern zur Last, die es nicht verziehen, sich die Sache einzutheilen. Bei einzelnen Truppenteilen fahre die Mannschaften alle 6 Monate auf Urlaub, bei anderen Truppenteilen seien Leute, die seit 18 Monaten auf Urlaub warten. Dieses Durcheinander ist nur zu beseitigen, wenn ein Recht auf Urlaub geschaffen werde.

In der weiteren sehr lebhaften Diskussion erkannten die Vertreter aller Parteien, teils mit Einschränkungen, die Wichtigkeit der Anträge an. Der bayerische Militärbevollmächtigte stellte fest, daß in Bayern die Jahrgänge 1869 und 1870 nicht entlassen, sondern von der Front zurückgezogen und in wäsenden Umsätze beurlaubt worden sind. — Oberst v. Wriesberg stellte noch mit, daß die Zurückziehung der älteren Leute von der Front jetzt ganz energisch betrieben werde. — Abg. Dr. Cohn begründete die auch von Stücken bereits gestellte und nun in einen Antrag umgewandelt: Forderung, dem Reichstag eine Statistik über die Tätigkeit der Justiz bei Heer und Marine vorzulegen.

Bei der Abstimmung wurde dieser Antrag abgelehnt. Der Antrag auf Entlassung der älteren Jahrgänge wurde mit der Einschränkung des Wortes „zunächst“ angenommen. Desgleichen der Antrag auf Zurückziehung der Väter, die gleichzeitig Söhne im Felde stehen haben. — Das Recht auf Urlaub wurde abgelehnt und der Antrag in der Fassung angenommen:

„Dahin wirken zu wollen, daß für die Dauer des Krieges in regelmäßigen Zeitschnitten Urlaub erteilt wird.“ Diese Einschränkung hatten die Fortschrittler beantragt. — Der Antrag, den strengen Arrest betr., wurde ebenfalls angenommen. Der Ausschuß ging dann zur Beratung der

Befolgungsfragen

über.
Abg. Stücken (Soz.) begründete folgende Anträge:

I.
den Herrn Reichsanwalt zu ersuchen, eine anderweitige Festsetzung der Löhnung der Mannschaften und Unteroffiziere herbeizuführen, und zwar nach folgenden Richtlinien:

- a) Unteroffiziere erhalten nach einer als Unteroffizier geleisteten Kriegsdienstzeit von 18 Monaten eine Erhöhung der Löhnung um 20 vom Hundert.
- b) Gefreite und Gemeinde nach einer Kriegsdienstzeit von 1 Jahr 20 vom Hundert, nach einer Kriegsdienstzeit von 2 Jahren 40 vom Hundert und nach einer Kriegsdienstzeit von 3 Jahren 50 vom Hundert Erhöhung der für sie zuständigen Löhnung.
- c) besondere Zulagen, die für bestimmte Funktionen bezahlt werden, dürfen auf diese Erhöhung nicht angerechnet werden.

II.
den Herrn Reichsanwalt zu ersuchen, dahin wirken zu wollen, daß den Unteroffizieren, die das den Mannschaften zustehende Pfüggeld noch nicht erhalten haben, dieses nachträglich gewährt wird.

III.
den Herrn Reichsanwalt zu ersuchen, eine Verfügung herbeizuführen, in der bestimmt wird:

- a) über die Verwaltung der Kantinen ist den Mannschaften alle Vierteljahr Rechnung bekannt zu geben;
- b) die Ueberschüsse sind an die beteiligten Mannschaften alle Vierteljahre in bar zu verteilen;
- c) zu anderen Zwecken dürfen die Kantinen-Ueberschüsse nicht verwendet werden.

IV.
den Herrn Reichsanwalt zu ersuchen, eine Verfügung dahingehend herbeizuführen zu wollen, daß den in den Instandsetzungs-Werkstätten beschäftigten Mannschaften Zulagen in gleicher Höhe bezahlt werden, wie in den in den Belagerungs-Artillerie-Werkstätten beschäftigten Mannschaften bereits bezahlt werden.

Abg. Stücken wandte sich scharf gegen die Regierung, die offenbar die Soldaten als Objekt für am falschen Orte angewendete Sparmaßnahmen betrachte. Diese Knauerei sei unerhörte gegenüber den gewaltigen Leistungen, die von den Soldaten geleistet werden. Man habe einfach kein Verständnis dafür, daß ein frisch beförderter junger Leutnant im Monat 250 resp. 310 Mk. bekomme, während man den kriegsgeprobten Soldaten mit 53 Pfg. pro Tag abfinde. In großen Zügen behandelte Stücken dann die Mängel der Kantinenwesen und forderte ein Verbot, die Ueberschüsse der Kantinen ohne Wissen und Willen der Mannschaften in Kriegsangelegenheiten anzulegen oder die Kosten von Sportfesten aus diesen Ueberschüssen zu bestreiten. Leuten, von denen man besondere Leistungen verlange, müßten auch Anspruch auf Zulagen haben.

Abg. Erzhberger (Z.) forderte, daß die Löhnungserhöhung vom 1. November spätestens durchgeführt sein müsse, sonst müsse man dazu greifen, die Gehälter der Offiziere zu beschneiden. Die Kantinen würde man am besten genossenschaftlich betreiben und keine Ueberschüsse machen. Oberst v. Wriesberg teilt mit, daß eine Verfügung ergangen sei, die die Anmietung von Ueberschüssen verbiete, dafür sollen die Waren billiger abgegeben werden.

„Nach ihrem Sinn sind also zwei Leute die wichtigsten in jedem Lande, sozusagen die zwei Pole, die das Ganze zusammenhalten und um die es sich dreht: der Pol oben, das ist der Herzog, und der Pol unten, das ist der Scharfrichter. Der eine regiert und der andere sorgt dafür, daß sein Regieren den Gehorsam findet.“

Freilich, antwortete bedächtig Meister Bäumlé, „und wenn die Leute dessen mehr Einsicht hätten, so wäre der Scharfrichter nicht „unehrlich“, wie Sie's nennen, sondern —“

„Er stände hoch in Ehren und käm' gleich nach dem Herzog,“ fiel Brandelicht ein; „nun, ich hab' mir's lassen lassen, daß es fürchten gegeben hat, die ihn immer dicht neben sich hatten, und wo das Scharfrichtertum so etwas wie das Unterpartier der Justizkraft war.“

„Wohl,“ brach Meister Bäumlé von diesem Gegenstand ab — „das mag schon gewesen sein. Aber bedenkt auch die Sache; guter Rat kommt über Nacht; beschlaßt's euch einmal; eine gute Ruhepause sollt ihr auf den Abend bei mir finden, wenn ihr's annehmen wollt im Haus des Fensters!“

„Ich danke euch, Meister, für die Menschheitsfreundlichkeit, die ihr mir beweist; auch nehm' ich ein Nachtlager gern an: ich kümmerete mich, wie geklagt, heute verzweifelt wenig darum, wenn ich nur Schutz und Sicherheit habe, in was für einem Hause ich's finde!“

Meister Bäumlé fuhr hurtig zu, und ehe es dämmerte, sah man die Dächer und Giebel von Harzheim, einer in einem Tagrunde freundlich und friedlich daliegenden kleinen Stadt vor sich. Bäumlé fuhr aber nicht in die Stadt hinein, sondern noch bevor er das mächtige alte Tor mit seinen gotischen Türmen und Mauern erreicht hatte, lenkte er rechts ab in einen Hofweg, der sich zwischen den Mauern der Gärten und Baumhöfen, welche den Ort umgaben, leise ansteigend in die Höhe zog. Wohl zehn Minuten mochte er so gefahren sein, als sich links ein hübsches, hantles, kleines Haus, aus Bruchsteinen aufgeführt und mit großen Schieferplatten gedeckt, zeigte, um welches ein halbzerner Ballon herumgeflogen, dessen Gabeln von Weinreben dicht überspannt war, und an dem mehrere große Käfige mit Ameln und Singvögeln darin befestigt waren. Stallgebäude und Wagenhöfen lagen rechts wärts; vor dem Hause befand sich ein kleiner Garten mit Sonnenblumen und Pflanz und Malven darin; sie rankten an der Holzterrasse empor, die auf den Soller führte. Dichtwipfelige Obstbäume umgaben, eine hinter dem Hause ansteigende Hügelwand bedeckend, das Ganze, das wie eine Stätte tiefsten landlichen Friedens ausjah.

„Das ist mein Haus,“ sagte Meister Bäumlé.
(Fortsetzung folgt.)

Der Nachrichten.

Kulturhistorische Novelle von Levin Schücking.

1. Fortsetzung.

„Und welches Geschäft habt ihr denn, wozu ich euch helfen und beistehen könnte, daß ihr mir das bietet?“

„Ich will euch nicht bereden,“ sagte der Mann, ohne auf diese Frage zu antworten, „Gott behüte mich, daß ich aus eurer Not Vorteil ziehe — ich kann euch brauchen, es ist wahr, und ihr solltet euch über mich nicht zu beklagen haben. Ein paar tüchtige starke Arme habt ihr — und wenn ihr die Courage habt, die allzeit dazu gehört, wenn ein Mann sich redlich durch die Welt schlagen will, so hättet ihr alles, was nötig ist. Daß ihr ein Chirurgus seid, kommt uns dann noch ganz absonderlich gut zu paß — aber ich will euch nicht zureden, junger Mann, der Himmel bewahre mich, es ist eine gar ernsthafte und schwere, gar bedenkliche Sache!“

Der junge Mann sah jetzt betroffen seinen Nachbar auf der schmalen grünen Holzbank an — der Mann wurde immer felsamer mit seinem wunderlichen, wie aus Selbstgesprächen und aus Antworten an seinen Begleiter gemischten Worten.

„Was ist eine ernsthafte bedenkliche Sache? Euer Geschäft zu werden? Welches Gewerbe habt ihr denn und wer seid ihr?“ fragte der Flüchtling deshalb jetzt entschieden gerader.

„Ja jetzt,“ sagte der andere, „oder“, unterbrach er sich wieder, „ihr könnt's ja auch ohne viel Redens begreifen, was meine Handlung ist.“

Damit wandte er sich über die Lehne seiner Wagenbank zurück, beugte sich nieder und hob ein Kasten auf, welches hinten auf dem Boden des Wagens lag.

Wie er das graue Linnenstück zurückschlug, nahm der junge Mann einen Gegenstand wahr, der ihn, von einem plötzlichen Ansehen überriekt, zurückfahren ließ.

Es war ein breites, nicht zu langes, in einer dunklen Lederheide stekendes Schwert, das unter dem verhüllenden Linnen lag.

Entsetzt sah der Flüchtling seinen Begleiter an und unwillkürlich war er von ihm fortgerückt.

„Ihr seid — ein Scharfrichter?“

„Ich bin Bäumlé, der Scharfrichter von Harzheim,“ sagte der Mann ruhig, fast freundlich lächelnd.

Der Flüchtling neben ihm unterdrückte einen Ausruf, der auf seinen Lippen lag — er begnügte sich damit, stumm seinen Gefährten von der Seite zu betrachten.

„Ihr meint, ich hätte euch das früher sagen können, bevor ich euch auf mein Wägelchen ludte und euch nun, wenn ihr so neben mir gehen werdet, für unehrlich mache,“ fuhr der Scharfrichter fort. „Das ist nun wohl richtig — zum Glück hat uns

jedoch niemand gesehen, der euch kennt, und die Gefahr, daß es geschehe, ist auch nicht eben übermäßig groß — bis nach Lendingen über den Bergen da drüben ihr's wißt. Doch wenn ihr wollt, könnt ihr ja nun wieder hinunterpringen — will auch anhalten, falls es euch beliebt!“

Der junge Mann schüttelte den Kopf.

„Ihr sagt ja,“ sagte er ingrinnend, „ich kümmerete mich heute verdammt wenig darum, ob die Menschen mich für ehrlich oder unehrlich halten — ich bin sicher neben euch, und das ist mir genug; fahrt mich, wohin ihr wollt!“

„Nun, nur nach Harzheim will ich euch fahren. Und dort mögt ihr überlegen, was ich euch gesagt habe.“

„Da kraucht's keiner Ueberlegung,“ verlegte der junge Mann, „daraus wird nichts werden. Ich habe Lust genug, die Bösewichter, die mit solch Verdras angetan haben, zu erwürgen und ihren Herzog, der sie hinter ruhige, unschuldige Leute hegt, jetzt, den möchte ich —“

„Sagt nicht mehr als ihr verantworten könnt, Kamerad, ich bin des Herzogs Diener und esse sein Brot,“ fiel fast wie erschrocken der Scharfrichter ein.

„Aber,“ fuhr der junge Mann fort, „arme Teufel, denen des Herzogs Ritter mit gefährten lateinischen Broden, von denen ich nichts verstehe und ein ehrlicher Christenmensch nichts kopiert, das Leben abgeprochen haben, solche armen Sünder, die vielleicht ehrlüster von Haus aus sind, als wir alle zwei beide, und nur durch Unglück oder durch die Einrichtungen dieser hässlichen Welt ins Unglück gestürzt — solchen armen Teufeln mit kaltem Blut den Strick um den Hals schlingen oder gar —“

„Ihr müßt's eben nicht so ansehen,“ unterbrach ihn Bäumlé ansehnend. „Man muß eben denken, daß es Gottes Bekardnung und Geseß so ist, und so war, seitdem die Welt steht. Es kann einmal nicht anders sein, und wenn sich niemand dazu fände, so könnte Gottes Geseß und Gerechtigkeit und eine ordentliche Obrigkeit nicht bestehen. Es ist ein schweres Ding, da habt ihr recht. Aber darum ist auch ein großes Verdienst dabei, denn wenn sich nicht Leute fänden, die sie über sich nehmen, so wäre der Schrecken und das gute Exempel dahin, und die Risswäter würden die Ertlichen vermehren, daß kein Aushalten mehr wäre auf Erden. Und so besuhten Gerechtigkeit und Geseß und friedliches Auskommen der Menschen miteinander und die ganze christliche Ordnung und am Ende doch nur auf uns einen!“

In dem jungen Manne lösten diese Auffassung des Geseßens als am letzten Ende des Grundseins des ganzen gesellschaftlichen Gebäudes keine wesentliche Aenderung seiner Gefühle hervor; er sah schweigend und mit gerungelter Stirn vor sich nieder — nach einer Weile sagte er mit einem Zuge bitteren Spottes nur die kräftig auszubildeten roten Lippen:

General v. Owen erklärte, daß das Kriegsministerium nichts gegen eine Erhöhung der Löhnung einzuwenden habe. Bei der Zeichnung für die Kriegsanleihe sei jeder Zwang verboten worden. Redner macht dann noch längere Ausführungen über das militärische Zulagenwesen.

Schaffmeister Graf Koedern weist gegenüber den Vorwürfen, daß das Reichsfinanzamt der Erhöhung der Lohnzuschüsse Schwierigkeiten mache, darauf hin, daß die bisher erfolgten Erhöhungen der Zulagen, Familienunterstützungen und sonstigen Zuschüsse im Monat ein Mehr von rund 200 Millionen Mark, also im Jahr 2,4 Milliarden Mark ausmachen. Der heute eingebrachte Antrag enthalte dagegen als neu eine Differenzierung der Lohnzuschüsse. Diesen Antrag halte er für erwägenswert; er müsse sich jedoch im Einvernehmen mit der Heeresverwaltung eine Prüfung vorbehalten, namentlich dahingehend, ob die Differenzierung auch technisch durchführbar und welche finanzielle Belastung damit verknüpft sei.

Abg. Stüdlen trat verschiedenen Einwänden entgegen und gab der Hoffnung Ausdruck, daß sich die Erwägungen hoffentlich nicht hinauszuziehen, bis der Krieg beendet ist. Die Wünsche der Soldaten sind berechtigt, sie müssen rasch erfüllt werden.

Die Redner der Parteien stimmten den Anträgen zu.

Bei der Abstimmung wurde der Löhnungsantrag einstimmig angenommen. Der Antrag betr. das Puggeld für Unteroffiziere ebenso. Angenommen wurde auch der Antrag, bei den Instandsetzungswerkstätten Zulagen zu gewähren. Der Familien-Antrag wurde in folgender vom Zentrum vorgeschlagener Fassung angenommen:

- Den Herrn Reichsfinanzminister zu ersuchen, zu veranlassen, 1. daß die Verkaufspreise in den Kantinen in bestimmten Zwischenräumen derart gestellt werden, daß Ueberschüsse tunlichst vermieden werden, 2. daß über die Verwaltung der Kantinen einer aus Offizieren und Mannschaften bestehenden Kommission in bestimmten Zwischenräumen Rechnung gestellt wird. Der Ausschuß trat dann in die Beratung der

Erhöhung der Familienunterstützung

ein. Dazu lagen folgende Anträge der Sozialdemokraten vor:

Der Reichstag wolle beschließen, die verbündeten Regierungen zu ersuchen, das Gesetz, betreffend die Unterstützung von Familien in den Dienst eingesetzter Mannschaften vom 28. Februar 1888 und 4. August 1914 dahin zu ändern, daß die Unterstützungssätze in § 5 unter a von 20 auf 30 Mark, unter b von 10 auf 20 Mark erhöht werden. Ferner folgenden § 5a einzufügen:

§ 5a.

Die Gemeinden und Gemeindeverbände sind verpflichtet, aus ihren Mitteln den örtlichen Verhältnissen angemessene Zuschüsse zu diesen Unterstützungen zu zahlen. Dieselben müssen mindestens 50 vom Hundert der durch § 5 festgelegten Mindestsätze betragen.

Abg. Dr. Cohn (Unabh.) beantragte: Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, folgenden § 5a einzufügen:

§ 5a.

Die Gemeinden und Gemeindeverbände sind verpflichtet, diese Unterstützungen aus ihren Mitteln durch Zuschüsse zu ergänzen, die den örtlichen Verhältnissen anpassen sind. Die Zuschüsse müssen in Gemeinden unter 5000 Einwohnern mindestens 50 vom Hundert, von 5000—15 000 Einwohnern mindestens 60 vom Hundert, von mehr als 15 000—30 000 Einwohnern mindestens 75 vom Hundert, von mehr als 30 000 Einwohnern mindestens 100 vom Hundert der in § 5 bestimmten Sätze betragen.

Abg. Schmidt-Berlin (Soz.) sprach zu dem sozialdemokratischen Antrag. Die Lage der Kriegsfamilien sei äußerst mitleidlich. Die Preise aller Lebensmittel seien derart gestiegen, daß die jetzigen Unterstützungssätze völlig unzureichend sind. Redner zeigt die Steigerung der Lebensmittelpreise an der Hand einer Tabelle. Viele Gemeinden erfüllen leider ihre Pflicht nicht, so daß unbedingt vom Reiche ein Druck auf sie ausgeübt werden müsse.

Unterstaatssekretär Dr. Wallraf: Bisher seien an Kriegskriegsunterstützungen monatlich bis 190 Millionen Mark gewährt worden. Darüber, daß die Unterstützungen als Ganzes eine Erhöhung erfahren müßten, seien sich die Regierungsparteien einig, fraglich sei nur der einzuschlagende Weg. Die Erhöhung könnte erfolgen durch eine gleichmäßige hinaufsetzung der Reichsunterstützungssätze, was zwar den Vorteil gewähren würde, daß sie jedem objektiv gleichmäßig zufließen käme, dagegen den Nachteil, daß man nicht entsprechend individualisieren könnte oder es könnte die Erhöhung im Wege der Gemeindeunterstützung erfolgen. Der Vorschlag der Sozialdemokraten bezüglich der Art der Durchführung werde von der Regierung wohl kaum angenommen werden können. Die Verhandlungen über den für die Erhöhung einzuschlagenden Weg schwebten noch, doch werde sie zeitig genug vor Eintritt des Winters, spätestens am 1. November d. J. einleiten.

Ministerialdirektor Dr. Lemald teilt mit, daß für Oktober eine gemeinsame Besprechung der Bundesstaaten in Aussicht stehe, die in diesen Fragen eine einheitliche Praxis erheben lasse.

Abg. Raden (Str.) tritt besonders für eine Erhöhung der Sätze für die Frauen ein.

Ministerialdirektor Dr. Schröder macht die Mitteilung, daß der Fonds für Kriegswohlfahrtspflege in seiner Gesamthöhe nicht begrenzt ist. Der Betrag der monatlichen Zuschüsse des Reiches für die Aufwendungen der Kommunen stellt sich auf 31,5 Millionen Mark.

Abg. Meyer-Hersbach (natl.) empfiehlt, bei Gewährung der Unterstützung mehr zu individualisieren.

Abg. Hoch (Soz.): Es muß rasch und gründlich geholfen werden. Je kleiner die Gemeinden sind, desto größer sind meist jenseits die Bedürfnisse. Es ist eine große Härte, Kriegsfamilien, die Kinder haben, auf die Arbeit zu verweisen oder gar den Lohn größerer Kinder, die für sich selber sorgen müssen, auf das Einkommen der Familie anzurechnen.

Unterstaatssekretär Dr. Wallraf hielt den Ausführungen des Abg. Hoch entgegen, daß es doch nicht nur leidende Kriegsfamilien gebe und daß man die anderen Notleidenden nicht zu sehr zurücktreten lassen dürfe. Entschieden für die Art der Durchführung der Unterstützungssätze bleibe, ob man individualisieren wolle oder nicht. Wenn man sich rasch sicher hätte machen und die Gefahr vielleicht auch nicht ganz zu bannen wäre, daß bei Individualisierung gelegentlich Ungerechtigkeiten entstehen, so müßte man darum doch nicht einseitig die Schuldlose wählen. Der Unterstaatssekretär wies schließlich auf die großen Zahlen hin, die die Städte im Laufe des Krieges auf sich genommen hätten und die sehr bemerkenswert wären.

Nach weiterer Debatte ergab die Abstimmung folgendes Resultat:

Die Erhöhung der Sätze für die Frauen von 20 auf 30 Mark wurde einstimmig angenommen. Die Erhöhung der Sätze für die Kinder von 10 auf 20 Mark wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt und dafür nach einem Antrag der Sozialdemokraten die Erhöhung auf 15 Mark beschlossen. Der Antrag Cohn wurde abgelehnt. Von dem beantragten § 5a wurde der erste Satz angenommen, wonach die Gemeinden zur Zahlung angemessener Zuschüsse verpflichtet sind. Der zweite Satz, wonach diese Zuschüsse mindestens 50 vom Hundert zu betragen haben, wurde dagegen abgelehnt.

Alldeutsche Friedensarbeit.

Eines Artikels über die letzten Luftangriffe auf England beginnt die „Deutsche Tageszeitung“ mit folgenden Worten:

Die wiederholten Luftangriffe auf englische Küstenplätze und auf London, welche aus den letzten Tagen berichtet werden, bilden eine wohlthuende „Kompensation“ zur deutschen Antwort auf die Note des Papstes, wir können uns keine eskaliertere Begleitmusik hierzu und zu den tiefgründigen Kommentaren über „Verständigung“ auf dem Boden des logenamteten status quo usw. denken. Vor allem möge gerade diese Luftangriffe gegen Großbritannien den Planen in Deutschland zeigen, daß man nicht nur gerüstet zu Kampf und Sieg, sondern auch entschlossen zum Siege, trotz der Hungerfriedensfraktionen.

Im Verlaufe des Artikels heißt es dann weiter:

Die britische Regierung hat sich vor einigen Tagen veranlaßt gesehen, amtlich in der großbritannischen Presse in schroffer und auffälliger Form zu erklären, es sei völlig aus der Luft gegriffen, daß von ihr ein Friedensführer nach den Mittelmächten ergangen wäre. Dieses Dementi mag von britischen Lesern geglaubt werden. In Deutschland wird es keine Wirkung ausüben, denn wir wissen, daß das Dementi das Gegenteil der Wahrheit bedeutet. Ebenso gut wissen wir, daß die englischen und auch französischen Friedensführer teils über den Vatikan, teils über Wien gegangen sind. Dieser Grund der britischen Friedensführer zeigt, daß das Deutsche Reich und seine Kriegführung auf dem richtigen Wege sind, und daß es nicht nur Deutschland, sondern auch Deutschlands Bundesgenossen gegenüber, denken wir nur an die Türkei, ein Verbrechen wäre, den Weg zum Siege nicht zielreicher und unerlässlich fortzusetzen im gleichzeitigen unerwähnten Entschlüsse, solche Bedingungen und Grundlagen des künftigen Friedens zu erzwingen, wie Deutschland und seine Bundesgenossen sie brauchen, unbeeinträchtigt durch internationales Geschwätz und jener Reichstagsfraktionen, die aus Mangel an Mut für sich dem deutschen Volke den Hungerfrieden aufschwächen wollen.

Der Artikel endet mit folgenden Worten:

Wir schließen mit dem Wunsche, daß die deutschen Luftangriffe gegen England ein Vorzeichen sein mögen für die Art des „Ausgleichs“ und der Verständigung, aus welcher ein künftiger Friedenszustand erwachsen soll.

Wir sind als Gegner dieser Auffassung behindert, unsere Meinung so frei auszusprechen, als es hierauf nötig wäre. Jedermann kann nun beurteilen, was man in England nach solchen Ausführungen über die Ehrlichkeit der deutschen Propaganda und der Verständigungsabsichten denken muß.

Im „Vorwärts“ lesen wir folgende Bemerkung zu den Repentlosigkeiten Kohlen:

„Würde ein englischer Lord und Journalist das Krachen englischer Fliegerbomben, durch die möglicherweise deutsche Frauen und Kinder getötet werden, als „wohlthuende Kompensation“ und „erfreuliche Begleitmusik“ zu irgendetwas bezeichnen, so würde die „Deutsche Tageszeitung“ sicher für solche Rohheit der Gesinnung das ganze englische Volk verantwortlich machen. Wir würden nun gern sagen, daß haben und drüben von einzelnen gesündigt wird, leider müssen wir zu unserer Schande gestehen, daß aus kein englischer Journalist von Rang bekannt ist, dem eine ähnliche Leistung zur Last fiel.“

Aus der Partei.

Zeitungsverbot. Unser Dortmunder Parteiorgan, die „Arbeiterzeitung“, hat ihren Titel in „Westfälische Allgem. Volkszeitung“ abgeändert. Die erste Nummer dieser umgetauften Zeitung ist nun am 29. September erschienen, aber nur zu dem Zweck, ihren Lesern mitzuteilen, daß sie verboten worden sei.

Austritt aus der Partei. Reichstagsabgeordneter Simon hat seinen Austritt aus der Partei und aus der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion vollzogen und ist den Unabhängigen beigetreten.

Die Neubesetzung der Redaktion der „Neuen Zeit“. Als die Minderheit der Sozialdemokratischen Partei sich von der Partei trennte und in Gotha eine eigene Partei, die „Unabhängige Sozialdemokratische Partei“, gründete, traten auch die beiden Redakteure der „Neuen Zeit“, Kautsky und Warm, der neugegründeten Partei bei. Sie stellten das ihnen anvertraute Organ ganz einseitig in den Dienst der abgeplatterten Organisation. Das war auf die Dauer ein unhaltbarer Zustand, dessen Verrückung die Genossen im Lande immer dringender verlangten. Jeder verständige Mensch wird zugeben, müssen, daß keine Partei ihre Zeitungsredaktionen lassen kann von Angehörigen einer anderen Partei, deren hervorragende Tätigkeit bisher die Bekämpfung dieser Partei ausmachte. Der Parteivorstand sah sich deshalb gezwungen, den bisherigen Redakteuren Kautsky und Warm zu kündigen und gleichzeitigem Verzicht auf ihre weitere redaktionelle Tätigkeit. Auch die langjährige Tätigkeit Kautskys an der „Neuen Zeit“ konnte von diesem Schritt nicht abhalten. Der Parteivorstand hat die Leitung der „Neuen Zeit“ vom 1. Oktober ab dem Genossen Heinrich Cunow übertragen, der früher lange Jahre der Redaktion der „Neuen Zeit“ angehört hat und dessen Ruf als sozialistischer Theoretiker dafür bürgt, daß die „Neue Zeit“ ihrer Aufgabe, wissenschaftliches Organ der Partei zu sein, in bester Weise gerecht werden wird. Die „Neue Zeit“ soll eine wertvolle Ergänzung der „Tagespresse“ sein und als solche ist sie insbesondere den Agitatoren der Partei unentbehrlich. Die Parteigenossen im Lande können ihr Interesse an der „Neuen Zeit“ am besten dadurch bezeugen, daß sie ihr zahlreiche neue Leser werden.

Wir hätten es für zweckmäßiger gehalten, wenn der Parteivorstand mit diesem Schritt bis nach dem Parteitag gewartet hätte. Der Parteitag, der bereits in vierzehn Tagen mitten in keinen Arbeiten steht, liegen mehrere Anträge auf eine Neubesetzung der Redaktion der „Neuen Zeit“ vor; ihm war also eine Stellungnahme ermöglicht. Diese hätte der Parteivorstand allein schon aus taktischen Gründen ruhig abwarten können.

Neue Verwicklungen im Baugewerbe

Von A. Ellinger-Hamburg.

Der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe ließ im Krieg wie vor dem Kriege jede soziale Einsicht vermissen. Trotz der schärfsten Teuerung hielt er an den Tarifverträgen fest und verbot sogar seinen Mitgliedern durch Androhung von Vertragsstrafen, aus eigenem Antriebe Zulagen zu geben. Erst als die Verträge scheinbar waren und an vielen Orten Kämpfe ausbrachen, ließ sich im Frühjahr 1916 eine Teuerungszulage von durchschnittlich 10 Pfennig die Stunde und im Frühjahr 1917 eine weitere Teuerungszulage von 15 Pfennig durchsetzen, diese aber nur dadurch, daß die Reichsregierung sich zur Rückzahlung der dafür ausweisenden Einwendungen an die Mitglieder des Arbeitgeberbundes bereit erklärte. In die neue Vereinbarung wurde auf Wunsch des Arbeitgeberbundes eine Bestimmung aufgenommen, die die am Vertrag beteiligten Parteien verpflichtete, ihren ganzem Einfluß zur Durchführung und Aufrechterhaltung des Vertrages einzusetzen und Bekämpfungen, die auf Erhöhung und Herabsetzung der vereinbarten Zulagen während der Dauer des Vertrages abzielen, nicht anzulegen oder zu unterstützen, sondern ihnen entgegenzutreten.

Der Zweck dieser Bestimmung war, die Ruhe auf den Arbeitsplätzen zu erhalten, wüßte Streiks nach Möglichkeit zu vermeiden und damit zum ungehinderten Fortgang der Kriegswirtschaft beizutragen. Das war natürlich nur dann möglich, wenn den Arbeitern bei einem weiteren Steigen der Teuerung die Möglichkeit gegeben war ohne mühe Streiks zu einer neuen Er-

höhung der Teuerungszulage zu kommen. Die Vertreter der Arbeiter erklärten deshalb, daß es nicht tarifrätig sei, wenn sich die Zentralverbände der Arbeitgeberverbände bei einer weiteren Steigerung der Teuerung beim Vorstand des Arbeitgeberbundes oder beim Reichsamt des Innern um die Erhöhung der Teuerungszulage bemühten. Dem stimmte der Vertreter der Reichsregierung, Expelleng Dr. Caspar, zu, und die Vertreter des Arbeitgeberbundes erhoben dagegen keinen Widerspruch.

Inzwischen ist nun die Teuerung ganz erheblich weiter gestiegen. Selbst die rationierten Waren sind heute zum Teil um mehr als 100 Proz. teurer als vor dem Kriege, die nichtrationierten Waren zum Teil um 500 und mehr Prozent. Die Preise für Schuhwaren und Kleidung sind für die Arbeiter geradezu unerträglich. Unter dieser immer noch fortgeschreitenden Teuerung haben die Bauarbeiter schwer zu leiden. Ihre zweimaligen Teuerungszulagen, die eine Erhöhung ihres Einkommens um rund 40 Proz. gegen die Zeit vor dem Kriege bedeuten, bleiben hinter der Steigerung der Lebensmittelpreise so weit zurück, daß damit kein Auskommen mehr möglich ist. Auch gegenüber einem großen Teil der in der Kühlungsindustrie beschäftigten Arbeiter bleiben die Bauarbeiter mit ihren Löhnen weit zurück. Die Bauarbeiter haben deshalb seit Wochen von ihren Verbänden die Einreichung neuer Forderungen verlangt. Unter dem Zwange der Not mußten die Verbände des deutschen Bauarbeiterverbandes, des Zimmererverbandes und des ärztlichen Bauarbeiterverbandes diesen Wünschen nachgeben und beim Arbeitgeberbund für das Baugewerbe die Bewilligung einer neuen Teuerungszulage beantragen. Die Verbände der gemeinsamen Arbeiterverbände ließen sich dabei von dem Gedanken leiten, daß nur so die Ruhe auf den Arbeitsplätzen aufrecht erhalten werden könne.

Der Vorstand des Arbeitgeberbundes hat jedoch Verhandlungen über den Antrag der Arbeiterverbände rundweg abgelehnt. Dies begründet er damit, daß seine Mitglieder keine Aussicht hätten, eine etwa gewährte dritte Kriegszulage von den Bauherren zurückzubekommen. Auch beruft er sich wieder auf den Tarifvertrag, zu dessen strikter Durchführung sich die Verbände der Arbeiter und der Arbeitgeber verpflichtet hätten. Der letzterzeit gemachte Vorbehalt der Arbeiterverbände, daß sie trotz der genannten Vereinbarung das Recht haben müßten, im Falle einer weiteren Steigerung der Teuerung eine weitere Erhöhung der Teuerungszulagen zu beantragen, berechtigte die Arbeiterverbände nicht, sich über die genannte Vereinbarung hinwegzusetzen. Wenn es infolge Arbeitsmangel der Bauarbeiter zu weiteren Stilllegungen im Baugewerbe durch die Militärbehörden komme, so mache der Arbeitgeberbund hierfür die Arbeiterverbände verantwortlich.

Diese Antwort des Arbeitgeberbundes muß auf die Bauarbeiter geradezu provozierend wirken. Sie haben sich letzterzeit den von ihren Verbänden getroffenen Vereinbarungen gefügt, weil sie bestimmt erwartet haben, daß es im Falle weiterer Fortschreitens der Teuerung zwischen den beiderseitigen Verbänden zu neuen Vereinbarungen komme. Unter dieser Voraussetzung haben die Arbeiterverbände jene Vereinbarung auch abgeschlossen und die Garantie für die Ruhe auf den Arbeitsplätzen übernommen. Wenn jetzt der Arbeitgeberbund jene Voraussetzung nicht erfüllt, sondern Verhandlungen rundweg ablehnt, so macht er es den Arbeitern geradezu unmöglich, weiterhin für die Ruhe auf den Arbeitsplätzen zu bürgen. Er beschwört aufs neue Konflikte herauf, die im Interesse der Kriegswirtschaft aufstieße zu bewahren wären. Man muß deshalb erwarten, daß die Reichsregierung auch diesmal mehr soziale Einsicht aufbringt, als dies dem Arbeitgeberbund gelungen ist.

Gewerkschaftsbewegung.

Streiks in Amerika. Neben den Schiffbauern an der Westküste der Vereinigten Staaten streiken jetzt in Newyork 4000 Hafenarbeiter; man rechnet mit einer Ausdehnung des Streiks, der dann etwa 50 000 Arbeiter umfassen würde. — In Argentinien haben die anarchischen Syndikate den revolutionären Generalstreik erklärt. Die sozialistischen Arbeiter lehnten die Teilnahme ab.

Eröffnung des internationalen Gewerkschaftskongresses in Bern. Meldung der Schweizerischen Depesch-Agentur: Der internationale Gewerkschaftskongress wurde Montag vormittag eröffnet. Erschienen sind aus Deutschland der Vorstand der Generalkommission der deutschen Gewerkschaften, Legien, Bauer, Sassenbach und 6 Vertreter einzelner Gewerkschaften, aus Dänemark drei Vertreter unter Führung von Madisen, aus Schweden ein fünf mit dem Führer Lindquist, aus Oesterreich sechs mit Huber, aus Ungarn zwei, aus Norwegen zwei, aus Holland neun mit Dudgeest, aus Italien und Frankreich, die sich angemeldet hatten, niemand. Den Franzosen wurden die Pässe verweigert. Dienstag begannen die Arbeiten im Kongress.

Aus Nah und Fern.

Die Dummheit werden nicht alle. Die erst 18 Jahre alte Arbeiterin Emma Mehnert aus Berlin hat zahlreiche Personen um eine Summe von im ganzen 16 000 Mark betrogen. Sie erzählte, der Vater ihres unehelich geborenen Kindes sei ein Fürst Hohenfels. Er stehe jetzt als Offizier im Felde und wolle sie heiraten, müsse aber zuvor den Fürstentitel ablegen. Dafür werde ihm der preussische Staat eine Abfindungssumme von monatlich 10 000 Mark zahlen. Um ihr eine bessere gesellschaftliche Stellung zu verleihen, wolle er ihr zunächst eine Anstellung in der königlichen Oper besorgen. Der Fürst habe sich ihretwegen mit seiner Familie überworfen und sei jetzt ohne Geld. Bereitwillig ließ man ihr darauf Geld, um so mehr, als sie immer wieder neue Aktienbogen vorwies, in denen diese oder jene Behörde Geld für Gerichtskosten und andere Zwecke verlangte. Eine Gemüthsheilerin verkaufte sogar ihr Geschäft und gab der Mehnert den Erlös von 500 Mark als Darlehen. Endlich aber kam der Schwindel zutage und die Postaplerin wurde verhaftet.

Ein flüchtiges Stadtoberhaupt. In der Stadt Petersburg in A. d. W. hatten die Stadtverordneten Unregelmäßigkeiten im Stadtbüchel entdeckt. Der Bürgermeister wurde zu einer Aussprache in eine Sitzung der Stadtverordneten geladen, erschien aber nicht. Er hatte die Flucht ergriffen. Die Unregelmäßigkeiten werden dem Bürgermeister zur Last gelegt.

Bei einer Heckerlei den Tod gefunden. Die 25jährige Bertha Lam in Georgenau bei Friedland (Ostpreußen) war zusammen mit dem Arbeitsburschen Kajimir Breißer aus Ruffisch-Litauen beim Strohweirtheuern während des Dreißens beschäftigt. Der Junge reichte dem Mädchen das Stroh mit der Forke herüber. Hierbei reisten sie sich, indem sie sich Stroh zu- und zurückwarfen. Beim Zurückwerfen des Strohes entglitt dem Jungen die Forke und die Finken trafen die Lam über dem linken Auge so unglücklich, daß sie bald darauf starb.

Heiteres.

In Innern eines Straßenbahnwagens sitzt ein Verwundeter, als an einer Haltestelle ein nicht gerade freundlich aussehender Hauptmann die Platiforme betritt. Mit streng prüfendem Blick läßt er seine Augen über den Anzug des Soldaten gleiten, worauf er in todesbedeutendem Tone bemerkt: „Ihren fehlt der unterste Knopf!“ — „Jawohl, Herr Hauptmann, und der rechte Arm!“ war die prompte Antwort. (Simpl.)

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwark. Druck: Friedr. Meyer & Co. Gedruckt in Rastatt.